

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock; Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500; Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

21. Dezember 1951

Blatt 2459

Weihnachtsfeier für die Kinder der Kriegsgefangenen =====

21. Dezember (Rath.Korr.) Die Frauen der noch immer in Kriegsgefangenschaft befindlichen Wiener haben an Vizebürgermeister Honay als Stadtrat für das Wohlfahrtswesen das Ersuchen gerichtet, ihren Kindern eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Es sind rund 150 Kinder, deren Väter das Weihnachtsfest sechs Jahre nach Kriegsende noch fern von ihrer Familie verbringen müssen.

Vizebürgermeister Honay hat diesem Ersuchen stattgegeben und für Donnerstag sämtliche Kinder der Wiener Kriegsgefangenen zu einer Weihnachtsfeier eingeladen, zu der auch der Bundeskanzler samt Gemahlin und die Frauen der Kriegsgefangenen erschienen waren. Alle Kinder erhielten passende Kleidungsstücke, nach Bedarf auch Schuhe, und reichliche Spenden von Firmen ermöglichten die Verteilung von Backwerk und Süßigkeiten. Für die Unterhaltung sorgte in uneigennützigster Weise die Kinderspielgruppe Friederika Hackel.

Autobus-Nachtverkehr zu den Weihnachtsfeiertagen =====

21. Dezember (Rath.Korr.) Am Goldenen Sonntag, den 23. Dezember, werden in der Zeit von 8.30 bis 18.30 Uhr folgende Autobus-Taglinien betrieben: Linie 4 Westbahnhof - Stephansplatz - Praterstern, Linie 5 Stephansplatz - Floridsdorf Am Spitz, Linie 7 Südtiroler Platz - Stephansplatz - Franz Josefs-Bahnhof und Linie 8 Hernalser Gürtel - Stephansplatz und St. Marx.

Außerdem wird an den Weihnachtstagen in den Nächten von Montag, den 24., auf Dienstag, den 25. Dezember, und von Dienstag, den 25., auf Mittwoch, den 26. Dezember, ein Autobus-Nachtverkehr wie an Samstagen geführt.

Ein neuer Kinderchor stellt sich vor
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Heute früh ereignete sich im Roten Salon des Wiener Rathauses ein bemerkenswertes künstlerisches Ereignis. Der Direktor des Konservatoriums der Stadt Wien, Regierungsrat Lustig-Prean, stelle dem Bürgermeister und den Mitgliedern des Stadtsenates den neuen Kinderchor der Stadt Wien vor. Die Mitglieder dieses Chores, etwa 40 Buben und Mädchen, wurden nach strengen Gesangsproben von etwa 200 Wiener Kindern ausgewählt. Die kleinen Sänger brachten unter der Leitung ihrer Chormeisterin, Susanne Frieser, Weihnachts- und Neujahrslieder aus Wien und den Bundesländern, sowie Solovorträge auf Blockflöten zum Vortrag. Ihr erstmaliges Auftreten hinterließ bei den Zuhörern die besten Eindrücke. Man kann erwarten, daß der ambitionierte Chor, der auf Anregung von Stadtrat Mandl ins Leben gerufen wurde, auf dem Gebiet der Musik eine hervorragende Stellung einnehmen wird.

Bürgermeister Jonas dankte den Kindern für ihr Ständchen und wünschte ihnen für die Zukunft eine erfolgreiche künstlerische Entwicklung. Er bat sie, auch ihren Eltern seine herzlichen Weihnachtswünsche zu übermitteln.

Im November: Weniger Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle
=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Die Entwicklung der Bevölkerungsvorgänge im November des heurigen Jahres hat den gleichen Verlauf genommen wie im November des Vorjahres: es wurden gegenüber Oktober weniger Eheschließungen, weniger Geburten und weniger Sterbefälle registriert. Auch mit den Novemberzahlen 1950 verglichen sind die des abgelaufenen Monats kleiner.

Den größten Rückgang weisen die Lebendgeburten auf, deren Zahl mit 848 um 174 geringer ist als die vorjährige. Der Anteil der unehelich Geborenen an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen beträgt 12 Prozent gegen 16 Prozent im Monatsdurchschnitt 1950.

Unter den 950 im November registrierten Eheschließungen wurden 527 gezählt, die zwischen ledigen Partnern geschlossen wurden; das sind von je 100 Ehen 55, ein Ausmaß, das ungefähr dem Monats-

durchschnitt 1950 (57 Ehen) entspricht.

936 Personen, d.s. 49 Prozent von den 2.010 im November Gestorbenen waren 70 und mehr Jahre alt. Die Verteilung der Sterbefälle auf die beiden Geschlechter war fast genau gleich. 999 männlichen Gestorbenen stehen 1.011 weibliche gegenüber. In der Reihenfolge der Todesursachen folgen auf Herzkrankheiten, die als häufigste mit 537 Sterbefällen an der Spitze stehen, Krebs, Gehirnblutung und übertragbare Krankheiten (einschließlich der Tuberkulose) mit 439, 294 und 120 Todesfällen. Durch Unfälle sind 79 Personen gestorben, darunter 27 durch Verkehrsunfälle.

Die Säuglingssterblichkeit liegt mit 35 Fällen unter der Vergleichszahl des Vorjahres.

Insgesamt sind im November 1.162 Menschen mehr gestorben als geboren wurden. Zugewandert sind 7.026 Personen, abgewandert 4.342.

Carl Reichert zum Gedenken

=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Auf den 26. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Gründers der nach ihm benannten Optischen Werke Wien, Carl Reichert, der auf dem Gebiet der Konstruktion von Mikroskopen bahnbrechend gewirkt hat und dessen Erzeugnis zur internationalen Geltung österreichischer Präzisionsarbeit beitragen.

Zu Sersheim in Württemberg geboren, erlernte er nach Absolvierung der Realschule das Feinmechaniker- und Optikerhandwerk in Heilbronn und vervollkommnete seine Fachkenntnisse in verschiedenen Betrieben Deutschland und der Schweiz. Daneben befaßte er sich mit mathematisch-optischen Studien, die ihn zu seinen späteren Erfindungen befähigten. 1876 eröffnete er in Wien eine Werkstätte zur Herstellung von Mikroskopen, deren Ruf sich rasch verbreitete. 1878 beteiligte sich Reichert an der Pariser Weltausstellung und erhielt die große goldene Medaille. Der durch den Aufschwung von Wissenschaft und Technik begünstigte steigende Absatz machte Betriebsveränderungen erforderlich und die Fabrikation übersiedelte 1900 nach Hernalz, wo sie sich noch immer befindet. Carl Reichert schuf selbst zahlreiche Originalkonstruk-

tionen und baute eine weltumspannende Verkaufsorganisation auf. Produziert werden außer Spezialmikroskopen mit den dazugehörigen mikrophotographischen Geräten auch andere wissenschaftliche Instrumente, wie z.B. Mikrotome, Polarimeter, Blutuntersuchungsapparate, Zielfernrohre, photographische und Projektionsobjekte. Besonders erwähnenswert sind der Dunkelfeld-Kondensator mit dem der Wiener Arzt und Nobelpreisträger Landsteiner zum erstenmal den Erreger der Syphilis beobachtete, das Fluoreszenzmikroskop und das Schlitten-Mikrotom. Carl Reichert starb am 12. Dezember 1922, nachdem ihm zum 70. Geburtstag für sein Lebenswerk, das die Tradition der durch ihren Erfindungsgeist berühmten österreichischen Optiker würdig fortsetzt, von der Universität Wien die Goldene Ehrenmedaille verliehen wurde. Anlässlich seines 100. Geburtsjubiläums und des 75jährigen Bestehens seines Unternehmens wurde im 17. Bezirk eine Verkehrsfläche nach ihm benannt.

Wiener Fremdenverkehr im November

=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht soeben den Bericht über den Fremdenverkehr im Monat November. Im Berichtsmonat hielten sich 23.093 Fremde in Wien auf, darunter 5.789 Ausländer. Die meisten Ausländer kamen im vergangenen Monat aus den Vereinigten Staaten, nämlich 1.037. An zweiter Stelle kommen die Italiener mit 822, an dritter Stelle die Schweizer mit 598 Besuchern.

Insgesamt wurden in Wien 65.841 Fremden-Übernachtungen vermerkt. Im Jugendgästehaus der Stadt Wien haben sich im November 304 Besucher, darunter 43 Ausländer einquartiert.

Ferkelmarkt vom 19. Dezember

=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Aufgebracht wurden 82 Ferkel, von denen 79 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 198 S, 7 Wochen 212 S, 8 Wochen 252 S, 10 Wochen 300 S, 14 Wochen 470 S.

Der Marktbetrieb war rege.

Konzertveranstaltungen in der Zeit vom 24. Dezember bis 6. Jänner
 =====

21. Dezember (Rath.Korr.)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Dienstag 25. Dez.	Gr.M.V.Saal 15.30	Österr. Gewerkschaftsbund: Weihnachtsakademie
	Gr.M.V.Saal 19.30	Akademie "Künstler helfen Künstlern"
	Gr.K.H.Saal 20.00	Firma Austrophon: Weihnachtsakademie
Mittwoch 26. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö.Tonkünstlerorchester: Nachmittagskonzert; Dirigent Wilhelm Loibner
	Gr.M.V.Saal 19.00	Solistenkonzert blinder Künstler
	Gr.K.H.Saal 15.45	Zitherkonzert Toni Karas
	Gr.K.H.Saal 20.00	Firma Austrophon: Weihnachtsakademie
	Mozartsaal 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert
	Volkshochschule Wien Volksheim 19.00	Verband Wiener Volksbildung: "Die goldene Meisterin", Operette von Edmund Eysler (Gesamtleitung Richard Högner, Dirigent Alfred Gerstner)
Freitag 28. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Jörg Demus (2.Aband im Zyklus III)
Samstag 29. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	Sender Rot-Weiß-Rot: Öffentl. Rundfunkkonzert (Wr. Phil- harmoniker, Dirigent Dr. Karl Böhm)
Sonntag 30. Dez.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö.Tonkünstlerorchester: a.o. Sonntag-Nachmittags-Konzert
	Gr.K.H.Saal 10.00	Wiener Konzerthausgesellschaft: Gershwin-Konzert (Wr.Symphoniker, Dirigent Dean Dixon)
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 8.Aband im Bach-Zyklus; Irmgard Seefried (Sopran), Wolfgang Schnei- derhan (Violine)
Dienstag 1. Jän.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wien r Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Clemens .Krauss

Dienstag 1. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie" (Voraufführung für "Musikalische Jugend")
Mittwoch 2. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie" (Wr. Symphoniker, Diri- gent Dr. Volkmar Andreae)
Donnerstag 3. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesellschaft der Musikfreunde: 4.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie" (Wr. Symphoniker, Diri- gent Dr. Volkmar Andreae)
Freitag 4. Jän.	Gr.M.V.Saal 20.00	Gesellschaft der Musikfreunde: 4.Konzert im Zyklus "Die große Symphonie" (Wiederholung für den österreichischen Gewerkschaftsbund)
	Mozartsaal 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Karl Seemann
Samstag 5. Jän.	Gr.M.V.Saal 19.00	Sender Rot-Weiß-Rot: Öffentl. Rundfunkkonzert (Wiener Philharmoniker, Dirigent Clemens Krauss)
	Brahmssaal (MV) 19.30	Klavierabend Lisl Spiller
	Volkshochschule Wien Volksheim 20.00	Verband Wiener Volksbildung: Liebesmelodien aus aller Welt (Leitung Prof. E.Gundacker)
Sonntag 6. Jän.	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: Sonntag-Nachmittags-Konzert, Dirigent Karl Randolf
	Brahmssaal (MV) 19.30	Hans Duhan singt Loewe-Balladen
	Mozartsaal (KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: 4.Abend im Zyklus "Musica Viva" (Irmgard Seefried, Sopran; Wolf- gang Schneiderhan, Violine); Werke von Paul Hindemith
	Urania Mittl. Saal 17.00	Verband Wiener Volksbildung: Lieder und Geschichten aus der Bergheimat (mitw.: der kleine Chor des Volksgesangvereines unter Lei- tung von Otto Kaiser)
	Volkshochschule Wien Volksheim 19.00	Verband Wiener Volksbildung: Studioaufführung der Oper "Rigotto" von Giuseppe Verdi (Leitung Prof. E.Gundacker)

400.000 Schilling für kulturelle Vereinigungen
=====

Förderungsbeiträge der Wiener Landesregierung

21. Dezember (Rath.Korr.) Bei der heute früh im Rathaus stattgefundenen Sitzung der Wiener Landesregierung wurden mehrere von Stadtrat Mandl referierte Anträge angenommen, nach welchen an mehrere kulturelle Organisationen nennenswerte Förderungsbeiträge in der Höhe von zusammen 381.300 Schilling aus den Kulturgroschen ausgezahlt werden.

Die Biologische Station Wilhelminenberg, eine wissenschaftlich und volksbildnerisch bedeutsame Einrichtung, die neben den laufenden Arbeiten in der Station auch gute Tierbücher für die Jugend herausbringt und Vortragsabende veranstaltet, erhält 5.000 Schilling.

Die Gesellschaft für zeitgenössische Graphik in Wien, die sich zur Aufgabe macht, die graphische Kunst der Gegenwart den weitesten Volkskreisen zugänglich zu machen, bekommt 2.000 Schilling.

Die Vereinigung bildender Künstlerinnen Österreichs, die in jedem Jahr eine Ausstellung veranstaltet, erhält eine Zuwendung von 3.000 Schilling.

Die Wianer Konzerthausgesellschaft bringt neben Aufführungen klassischer Musik hauptsächlich zeitgenössische Werke junger österreichischer Komponisten heraus und veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Jeunesse musicale wertvolle Jugendkonzerte. Sie erhält einen Förderungsbeitrag von 75.000 Schilling.

Die Gesellschaft der Musikfreunde in Wien, die sich hauptsächlich der Aufführung konservativer Musik zuwandte, ist eine der Hauptstützen des Wiener Musiklebens. Ihr Ansehen im In- und Ausland ist bedeutend. Sie erhält einen Förderungsbeitrag von 150.000 Schilling.

Die Wiener Symphoniker bekommen 100.000 Schilling.

Im Einvernehmen mit dem Amt für Kultur und Volksbildung fand im Oktober ein einwöchiges Gastspiel des Kopenhagener Knabenchores (Drengekor) in Wien statt. Der Chor genießt in der europäischen Musikwelt einen guten Ruf. Als Zuschuß für die

Kosten des Gastspieles werden 8.300 Schilling bewilligt.

Die Vereinigung "Allgemeines Jugendkulturwerk" bringt in Fortsetzung ihrer Bemühungen um die Förderung des Dichternachwuchses auch für das Jahr 1952 wieder einen Band "Stimmen der Gegenwart" heraus. Zu diesem Zweck wird ein Beitrag von 5.000 Schilling bewilligt.

Das Amt für Kultur und Volksbildung ist seit langem bemüht, breitere Schichten der Bevölkerung mit den wertvollen Kulturgütern aller Gebiete vertraut zu machen. Diesem Bestreben dienen Ausstellungen in allen Bezirken, Veranstaltungen in Betrieben, die Konzertreihen in Gemeindebauten u.a.m. Bei all diesen Bemühungen ergibt sich in steigendem Maße die Notwendigkeit, besonders die Jugend in diese Aktion einzubeziehen und Veranstaltungen durchzuführen, die der heranwachsenden Generation Verständnis und Aufgeschlossenheit für die verschiedensten Gebiete des Kunstschaffens vermitteln soll. In diesem Zusammenhang hat sich ein neuer Kreis von Fachleuten mit dem Projekt beschäftigt, Konzerte für die Jugend zu veranstalten, die der Musikerziehung dienen sollen. In den Monaten Jänner und März sollen probeweise im Großen Musikvereinsaal insgesamt sechs Konzerte mit den Wiener Symphonikern unter Professor Hans Swarowski durchgeführt werden, bei denen sämtliche Schüler der vierten Haupt- und Mittelschulklassen (etwa 10.000) erfaßt werden sollen. Zu diesem Zweck wurde ein Förderungsbeitrag von 33.000 Schilling bewilligt.

Wiener Landtag
=====

21. Dezember (Rath.Korr. Vor Eingang in die Beratungen über das Budget der Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten trat heute früh der Wiener Landtag zusammen. Präsident Marek eröffnete die Sitzung um 9.10 Uhr.

Ein Antrag der Abg. Nora Hiltl, Dr. Freytag und Genossen (ÖVP) auf Einbau der Kindergärtnerinnen in das Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz wird dem Personalausschuß zugewiesen.

Die Erhöhung der Hundesteuer vom Landtag beschlossen

Als erster Punkt der Tagesordnung gelangt die Gesetzesvorlage auf Erhöhung der Hundesteuer von bisher 30 auf 100 Schilling je Hund und Jahr zur Beratung.

Berichterstatter Stadtrat Resch erklärt hiezu, diese Vorlage habe in einigen Zeitungen ein für die Gemeinde nicht sehr schmeichelhaftes Echo gefunden, so daß er sich bemüßigt sehe, doch auf die Beweggründe dieser Maßnahme einzugehen.

Die Hundesteuer bezweckt zwei Dinge. Erstens sollen die Hundehalter zu den Kosten, die durch die Hundehaltung für die Gemeindeverwaltung entstehen, beitragen. Jedermann muß anerkennen, daß eine Hundesteuer von 30 Schilling im Jahre 1946 wertmäßig wahrscheinlich mehr ausgemacht hat als eine Hundesteuer von 100 Schilling im Jahre 1952. Wenn man etwa die Löhne und Gehälter der Angestellten dieser Stadt, die die Reinigung von den Exkrementen besorgen müssen, die über 60.000 Hunde in Wien verursachen, mit dem Jahre 1946 vergleicht, so haben sich diese Gehälter bei den höchsten Angestellten auf das 3.7 fache und bei den kleineren und mittleren Angestellten auf das 5.8 fache erhöht, so daß also die Erhöhung der Reinigungskosten aus der Erhöhung der Gehälter und Löhne der Angestellten dieser Stadt mehr ausmacht als die Erhöhung der Hundesteuer.

Die Erhöhung der Hundesteuer soll aber auch bewirken, daß die Haltung der Hunde nicht ein Maß annimmt, daß sie in dieser Stadt zu einer sanitären Gefahr werden könnten. Es gibt in Europa sogar eine Stadt, die aus sanitären Gründen das Halten von Hunden überhaupt verbietet.

Dem Finanzressort wurde mit Recht der Vorwurf gemacht, daß man diese Hundesteuer nicht laufend seit 1946 der Geldentwertung angepaßt habe, so daß jetzt ein so großer Sprung entsteht.

Ich gebe diesen Fehler zu, sagt Stadtrat Resch, möchte aber darauf aufmerksam machen, daß ich schon bei den vorjährigen Budgetberatungen die Erhöhung der Hundesteuer angekündigt habe und daß finanziell gesehen diese Unterlassung für die Gemeindeverwaltung und nicht für die Hundehalter ein Schaden war, die ja bei einer laufenden Erhöhung schon seit Jahren eine erhöhte Steuer hätten zahlen müssen.

Hundesteuer in Berlin: 500 Schilling

Zum Beweis, daß die Hundesteuer in Wien keineswegs exorbitant hoch ist, führt Stadtrat Resch Vergleiche mit anderen Städten an. In keiner einzigen österreichischen Stadt ist die Hundesteuer so niedrig gehalten wie derzeit in Wien. Es gibt Städte, in denen die Hundesteuer bis zu 150 Schilling ausmacht, wie zum Beispiel in Mirzzuschlag oder 120 Schilling in Bregenz. In Hamburg verlangt man für den ersten Hund 60 DM und gestaffelt nach der Anzahl der Hunde für den fünften Hund 300 DM, was also nicht weniger als 1.800 bis 2.000 Schilling entspricht. Die billigste Hundesteuer in einer deutschen Stadt ist 30 DM, also fast 200 österreichische Schilling. Berlin hebt für einen Hund 72 DM, also fast 500 Schilling ein.

Warum eine Staffelung nicht möglich ist

Stadtrat Resch kommt hierauf auf die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Staffelung der Hundesteuer zu sprechen, die nach mehreren Gesichtspunkten in Betracht käme. Die gerechteste Staffelung nach dem Einkommen des Hundehalters ist deswegen nicht möglich, weil es keine einfache, nicht hohe Verwaltungskosten verursachende Methode gibt, eine solche Staffelung durchzuführen. Es sei ihm angeraten worden, gegen die Vorweisung eines Renten- oder Steuerbescheides verbilligte Hundemarken auszugeben. Wenn man aber bedenkt, daß die bloße Vorweisung eines Rentenbescheides noch nicht den Nachweis bedeutet, daß der Hund wirklich dem Rentner gehört, sondern daß man befürchten müßte, daß der Rentenbescheid als gut verkäufliches Papier wird, um zu einer billigen Hundesteuer zu kommen, gelangt man zu der Überzeugung, daß man eine solche Staffelung nur auf Grund eines Steuerbekenntnisses machen könnte.

Die Kosten eines solchen Apparates würden aber mehr ausmachen als die Erhöhung der Hundesteuer. Eine solche Regelung wäre wohl gerecht für die Hundebesitzer, wäre aber Steuersadismus. Darum hat sich der Magistrat entschlossen, zu der alten Form der Hundesteuer zurückzukehren. Er glaubt, daß es sich dabei im Grunde genommen um nichts anderes handelt als um die Anpassung an die 1946 beschlossene Höhe der Steuer.

Hundesteuer in zwei Raten fällig

Auf Antrag der Frau GR. Jakoby hat der Finanzausschuß einstimmig beschlossen, daß die Hundeabgabe nicht wie bisher mit Ende Jänner, sondern künftig je zur Hälfte bis Ende Februar und bis Ende April zu entrichten ist.

Gemeinde Wien gibt 60.000 S dem Tierschutzverein

Ein weiterer Antrag der Frau GR. Jakoby, die Hundesteuer für bedürftige Menschen mit nur ganz geringem Einkommen zu ermäßigen oder zu erlassen, fand dadurch Berücksichtigung, daß die Gemeindeverwaltung ihre Subvention an den Tierschutzverein ganz wesentlich erhöht. Wir haben, sagt Stadtrat Resch, dem Tierschutzverein mitgeteilt, die Gemeindeverwaltung wünsche, daß alle Menschen in dieser Stadt, die schon seit Jahren Hunde besitzen und deren Einkommen es nicht zuläßt, daß man ihnen diese Steuer von 100 Schilling zumutet, doch ihren Hund behalten können. Wir haben den Tierschutzverein gefragt, welchen Betrag er zu diesem Zwecke braucht. Wir haben allerdings dem Tierschutzverein geraten, die verbilligten oder unentgeltlichen Marken nur an Hundebesitzer auszugeben, die schon seit längerer Zeit einen Hund besitzen. Der Wiener Tierschutzverein hat die Erklärung abgegeben, er glaube, mit 60.000 Schilling im Jahr alle an ihn herankommenden Wünsche befriedigen zu können. Die Gemeinde Wien will daher diesen Betrag als Subvention für das nächste Jahr dem Tierschutzverein zur Verfügung stellen. Es ist zu erwarten, daß mit dieser Subvention, die von bisher 8000 auf 60.000 S bedeutend erhöht wird, alle jene Fälle erledigt werden können, die aus sozialen Gründen tatsächlich bedürftig sind.

Keine Aufhebung bisheriger Begünstigungen

Stadtrat Resch dementiert die Zeitungsnachrichten, die von einer Aufhebung der steuerlichen Begünstigungen für die Hunde von Blinden, Invaliden, Exterritorialen und Tierhändlern gesprochen haben, und erklärt, es sei eine Lüge, daß der arme Blinde nun gezwungen werden soll, die 100 Schilling zu zahlen, denn im ganzen Gesetz komme eine solche Änderung der bisherigen Befreiungsbestimmungen nicht vor. Die einzige Befreiung, die geändert werden soll, betrifft die Hundehaltung bei Landwirten. Dort wird die bisherige Steuerfreiheit an die bestehende Steuerermäßigung für Siedler angepaßt und mit der Hälfte des vollen Betrages festgesetzt.

Stadtrat Resch schließt mit der Feststellung, daß es sich bei der Erhöhung der Hundesteuer nicht um einen fiskalischen Exzess handelt, sondern nur um die Anpassung dieser Abgabe an die eingetretene Goldentwertung. 100 Schilling im Jahr bedeuten auf den Tag umgerechnet 27 Groschen. Mit 27 Groschen je Hund kann man die Reinhaltung von Straßen, Gehwegen und Parke überhaupt nicht bestreiten. Es sind mit dieser Steuer nicht einmal die Abfuhrkosten gedeckt. Aus allen diesen Gründen müsse er den Landtag bitten, der Vorlage zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Dr. Altmann (LBl.) sagt, es werde in der heutigen Zeit gegenüber den wahnsinnig gestiegenen Preisen immer Abgaben, Tarife und Gebühren geben, die im Vergleich damit zurückgeblieben sind. Dies sei aber keine Begründung für eine neuerliche Belastung der Bevölkerung.

Wenn Stadtrat Resch ferner angeführt hat, man müsse die Zahl der Hunde beschränken, weil sie sich so vermehrte, halte er ihm entgegen, daß dies nicht durch Steuermaßnahmen geschehen darf. Man kann nicht ein bestimmtes Einkommen als Voraussetzung für die Haltung eines Hundes betrachten, wie dies durch die Steuererhöhung geschieht. Dies sei keine Möglichkeit, Beschränkungsmaßnahmen durchzuführen, auch wenn sie notwendig sein sollten.

Zu der angeblichen Erhöhung der Zahl der Hunde sagte der Redner, daß man 1946 mit 1951 nicht vergleichen könne. Seither haben sich die Lebensverhältnisse, wenn auch in sehr eingeschränktem Maße, normalisiert. 1946 bedeutete es ein wirkliches Opfer, einen Hund zu halten, den man nur mit den größten Schwierigkeiten ernähren konnte. Er stellt die Frage, warum man nicht die gegenwärtige Zahl der Hunde mit den Zahlen vor dem Krieg vergleicht. Dann wird sich ergeben, daß die Zahl der jetzt in Wien gehaltenen Hunde keineswegs ungewöhnlich ist.

Stadtrat Resch hat ferner angeführt, daß die Hundeabgabe in Wien die niedrigste in Österreich war. Nach der Erhöhung wird jedoch Wien die Auszeichnung genießen, die höchste Hundeabgabe in Österreich zu haben, von Sonderfällen abgesehen. Den Vergleich des Referenten mit Westdeutschland weist Abg. Dr. Altmann zurück, es sei denn, man wolle alles, was in dieser amerikanischen Kolonie geschieht, auch in Österreich einführen.

Der Redner betonte auch, daß man die Wiener Verhältnisse berücksichtigen müsse und nach diesen ist die Haltung eines Hundes keineswegs als ein Luxus zu betrachten. Dies ergibt sich, wenn man die Hundehalter in Wien ansieht, deren überwältigende Mehrheit den breiten Kreisen des arbeitenden Volkes angehört und zum großen Teil auch zu den alleinstehenden Alten, denen das Tier ein Freund in ihrer Einsamkeit ist.

Abg. Dr. Altmann meint, daß es der Tierschutzverein mit der ihm nun gegebenen Subvention sehr schwer haben wird. Trotzdem sei selbstverständlich die Erhöhung der Subvention zu begrüßen. Noch besser wäre es aber, davon abzusehen, und auch die Erhöhung der Hundeabgabe nicht durchzuführen, eine Erhöhung, die unsozial ist und für den Stadtsäckel gar keine Rolle spielt. Dagegen bewirkt die neue Hundesteuer für viele Menschen und gerade für die Armen eine wesentliche Belastung, und darum sollte man diesem Gesetz die Zustimmung nicht geben.

Abg. Lehner (ÖVP) verweist darauf, daß das Gesetz von einem großen Teil der Wiener Bevölkerung nicht mit Freude aufgenommen wird und die Belastung sehr hart ist; denn die Steuer trifft hauptsächlich arme und bedürftige Menschen. Der Hund ist gerade für viele alte Menschen ein treuer Begleiter und vielleicht auch der wirklich einzige Freund.

In einem Antrag wird eine Änderung dahingehend vorgeschlagen, auch Einzelsiedlern die Begünstigung wie den Landwirten zu gewähren, da sie ihren Hund zum Schutz brauchen.

Die Erhöhung der Subvention an den Wiener Tierschutzverein und die Möglichkeit, die Abgabe in zwei Raten zu bezahlen, hat die Volkspartei bewogen, dem Gesetz zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Stadtrat Resch wirft in seinem Schlußwort in Erwiderung auf Abg. Dr. Altmann die Frage auf, ob die Kosten, die durch die Hundehaltung erwachsen, etwa von der Allgemeinheit getragen werden sollen. Er vertritt den Standpunkt, daß der Kreis jener, die die Kosten verursachen, vornehmlich auch die Kosten tragen muß. Es ist nicht anzunehmen, daß die Erhöhung eine Verminderung der Hundeanzahl nach sich ziehen wird. Im übrigen steht Wien nicht an der Spitze: in Salzburg beispielsweise sollen ab 1. Jänner für den ersten Hund 120 S, für den zweiten 160 S und für jeden weiteren Hund 200 S eingehoben werden. In einer großen Stadt muß die Hundesteuer auch höher sein, weil es da nicht mehr so viele Gärten und Höfe gibt und die Verunreinigung der Stadt daher stärker ist. Über die Höhe der Subvention an den Tierschutzverein wurde nicht gehandelt, sondern sie wurde in dem geforderten Ausmaß bewilligt, weil die Stadtverwaltung nicht will, daß auch nur ein wirklich Bedürftiger dieser Stadt seinen Hund weggeben muß. (Beifall bei den Sozialisten.) Schließlich stellte er fest, daß es in Wien 67.000 Hunde gibt.

Den Antrag des Abg. Lehner bittet der Referent der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen, da eine Entscheidung erst getroffen werden kann, bis die aus der neuen Befreiungsbestimmung erwachsenden Kosten festgestellt sind.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz ohne die Stimmen des Linksblocks zum Beschluß erhoben, der Antrag Lehner der Verwaltungsgruppe II zugewiesen.

Grundsteuerbefreiungsgesetznovelle 1951

Zur Grundsteuerbefreiungsgesetznovelle 1951, dem zweiten Punkt der Tagesordnung, verweist Stadtrat Resch darauf, daß Leistungen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gemäß dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz nur in denjenigen Ländern gewährt werden können, die ein Grundsteuerbefreiungsgesetz für diese Wiederaufbauten kriegszerstörter oder kriegsbeschädigter Wohnhäuser beschließen. Das Land Wien hat dieses Grundsteuerbefreiungsgesetz im Jahre 1948 beschlossen. Da inzwischen das Bundesgesetz novelliert wurde, ist es notwendig, auch das Landesgesetz diesen geänderten Bestimmungen anzupassen. Die Novelle sieht auch vor, daß die Fondsbeihilfe auch dann gewährt werden kann, wenn ein Ersatzbau für durch Krieg zerstörte Wohnhäuser auf anderem Grund aufgeführt wird. Schließlich werden noch einige Begriffe, wie "durch Kriegseinwirkung zerstört oder beschädigt" präzisiert und einige Bestimmungen, die bisher lediglich in der Verordnung geregelt waren, in das Gesetz eingebaut.

Stadtrat Resch befaßt sich sodann mit gewissen von der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterkammer vorgebrachten Einwendungen, die er als nicht entscheidend bezeichnet, und bittet, dem Gesetz zuzustimmen.

Das Gesetz wird ohne Debatte einstimmig beschlossen.

Grundsteuerbefreiung für Neubauten

Über das Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz 1952 berichtet gleichfalls Stadtrat Resch. Nach dieser Gesetzesvorlage sollen alle neugeschaffenen Wohnungen bis zu einer Grenze von 120 Quadratmetern von der Grundsteuer befreit werden. Diese Wohnungsgröße entspricht mindestens vier, nach der modernen Bauweise fünf Zimmern. Diese Grenze dürfte, stellt der Stadtrat fest, mehr als ausreichend sein, um auch für große Familien den notwendigen Wohnraum zu schaffen. Den darüber hinausgehenden Luxus von Wohnungen kann die Gemeinde nicht steuerlich begünstigen, denn das würde die Schaffung von Wohnraum durch die Gemeinde beeinträchtigen. Überdies soll nur Wohnraum von der Grundsteuer befreit werden, nicht aber die Schaffung von Büros und Geschäftslokalitäten.

Keine Befreiung des städtischen Wohnbaues

Neu ist die Bestimmung im Gesetz, daß Wohnbauten der Stadt nicht die Grundsteuerbefreiung genießen. Vor 1934 war diese Bestimmung zwar nicht im Gesetz enthalten, es bestand aber die Übung, daß die Gemeindeverwaltung nicht um die Grundsteuerbefreiung für ihre Häuser ansuchte und daher tatsächlich immer die Grundsteuer bezahlen mußte. Wir wollen, sagt Stadtrat Resch, diesmal den offenen Weg gehen und im Gesetz aussprechen, daß die Grundsteuerbefreiung nicht für Wohnungen gilt, die die Gemeinde Wien aufführt. Der entscheidende Grund hierfür ist, daß eine solche Befreiung von Wohnbauten der Stadt materiell gesehen die gegenteilige Wirkung haben müßte, als es der Absicht des Gesetzgebers entspricht, denn eine solche Befreiung würde den sozialen Wohnungsbau nicht fördern sondern beschränken. Der zweite Grund für diese Bestimmung besteht darin, daß man mit einer Grundsteuerbefreiung für die Gemeinde eine Differenz zwischen den neuesten, schönsten und modernsten Wohnungen, die die Stadt baut, und den seit 1945 bereits bestehenden Gemeindewohnungen schaffen würde, weil dann die neuesten Wohnungen um die Grundsteuer billiger sein müßten als die bisherigen Wohnungen, ein Zustand, der nicht im Interesse der übrigen Mieter liegt.

Befreiung gilt für die Bauten der Jahre 1951 bis 1955

Gemäß einem Antrag des Abg. Schwaiger (ÖVP) wurde in Finanzausschuß der Termin, mit dem die Befreiung von der Grundsteuer frühestens eintritt und der nach der ursprünglichen Vorlage mit 1. Jänner 1952 vorgesehen war, auf den 1. Jänner 1951 zurückverlegt. Für gemeinnützige Bau- und Siedlungsgesellschaften gilt die Befreiung von der Grundsteuer schon dann, wenn die Bauführung nach dem 1. Jänner 1946 beendet war. Weiter gilt die Grundsteuerbefreiung nur für jene Bauten, die bis zum Ende des Jahres 1955 beendet sind. Die Befreiung soll den Zeitraum von 20 Jahren umfassen.

Keine Grundsteuerbefreiung für Büros und Geschäfte

Stadtrat Resch begründet die Ausnahme der Büro- und Geschäftslokalitäten von der Grundsteuerbefreiung damit, daß die Umwandlung von Wohnraum in Geschäfte oder Büro immer mit der Absicht erfolgt, um einen größeren Ertrag des Hauses zu erreichen. Wir wollen auch dem Hausherrn sagen, wenn er diesem Profit nachjagt und durch diese Umwandlung Wohnraum verloren geht, so darf er nicht mehr damit rechnen, daß er, wenn diese Spekulation fehlgeht, bei der Rückwandlung in Wohnraum wieder die alte Begünstigung bekommt. Die Umwandlung von Wohnraum in Geschäfts- oder Büroräume kann nicht scharf genug bestraft werden. In Wien sind genügend Geschäfts- und Bürolokale vorhanden. Was wir brauchen, ist Wohnraum, und es soll auch das private Kapital angeregt werden, Wohnraum zu bauen.

Abg. Dr. Soswinski (LBl.) erklärt, daß seine Fraktion dem Gesetzesentwurf zustimme, aber gegen die Herausnahme der Gemeinde aus der Steuerermäßigung Einwendungen erhebe. Er stellt den Antrag, die Bestimmung, wonach auf den von der Stadt Wien geschaffenen Wohnraum das Gesetz keine Anwendung findet, zu streichen.

Abg. Schwaiger (ÖVP) stellt einen schon im Finanzausschuß eingebrachten Antrag, die Grundsteuerbefreiung auch für Geschäftslokale gelten zu lassen, sofern diese nicht mehr als ein Viertel des gesamten neu umbauten Raumes einnehmen. Die Einbeziehung der Geschäftsräume, führte der Redner aus, entspricht den Intentionen des Gesetzgebers, weil die Vollbeschäftigung und Beschaffung von Wohnraum dadurch gefördert wird. Man könnte nun einwenden, daß der Grundbesitzer nur Geschäftslokale bauen wird, wenn man aber durch Wien geht, muß man sagen, daß das nicht aufgehoben werden kann. Redner verweist auf mehrere Bauten, vor allem im ersten Bezirk, die nur bis zum ersten Stock, soweit die Geschäftslokale reichen, ausgeführt sind. Aber um zu verhindern, daß nur Geschäftslokale errichtet werden, wurde ja in dem Antrag die Begrenzung hineingenommen.

In der Besprechung des § 5 der Vorlage bemängelt der Redner die Bedingungen unter denen die Grundsteuerbefreiung gewährt wird. Es handelt sich hier wieder um einen mehr als komplizierten Apparat; um die Grundsteuerbefreiung zu bekommen sind sieben Unterlagen erforderlich. Auch die Errechnung ist sehr kompliziert. Redner schlägt vor, diese zu vereinfachen und nach dem Kubikmeter

umbauten Raumes vorzunehmen.

Abschließend ersucht Abg. Schwaiger nochmals, seinem Antrag die Zustimmung zu geben. Es wäre dies eine schöne Geste gegenüber der Wirtschaft, die Kosten, die dem Magistrat erwachsen, wären äußerst gering. Die Grundsteuer kommt ja nicht dem Hauseigentümer, sondern dem Mieter zugute. Im Namen seiner Fraktion gab der Redner die Zustimmung zu der Vorlage. (Beifall bei der ÖVP.)

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Resch zunächst auf die Rede Dr. Soswinskis näher ein. Er unterstreicht nochmals, daß keineswegs die Absicht besteht, dem Hausbesitzer einen Nutzen zu verschaffen. Jeder weiß, daß das Bauen von Häusern mit Privatkapital wegen der Höhe der Baukosten und der Kredite zu Zinsen führt, die nur von wenigen Menschen getragen werden können. Das Gesetz hat aber die Absicht, den Zins geringer zu halten. Stadtrat Resch betont auch, daß die Grundsteuer immer ausschließlich vom Mieter getragen wurde.

Zu dem Antrag GR. Schwaiger stellt er fest, daß Geschäftslokale und Büroräume nur aus Spekulationsgründen gebaut werden um dort höhere Zinsen zu bekommen. Wenn der Hausherr nämlich den gleichen Zins wie für einen Wohnraum bekäme, hätte er gar keine Veranlassung, Geschäftslokale zu bauen. Er wiederhole daher, daß es unmöglich die Absicht des Landtages sein kann, solche spekulative Bauten von Geschäftslokalen durch Grundsteuerbefreiung zu fördern.

Er sei auch absolut für eine einfache Berechnung, könne jedoch gegen das Gutachten des Magistrates und des Ministeriums nicht einen anderen Weg einschlagen, der zwar einfach aussieht, gleichzeitig aber in dem Augenblick ungerecht würde, wo neben den Zu- oder Umbauten von Wohnungen auch ein Zu- oder Umbau von Gemeinschaftsanlagen eines Hauses, wie Stiegenhäuser, Waschküchen usw. notwendig ist, weil dann eine gerechte Aufteilung nach dem vorgeschlagenen Schlüssel auf Schwierigkeiten stoßen wird.

21. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2477

Stadtrat Resch sagte, er werde sich trotzdem bemühen, einen vielleicht leichteren, aber immerhin noch gerechten Weg zu versuchen, um eine Vereinfachung zu erzielen. Im übrigen bitte er, der Vorlage zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen. Der Antrag des Abg. Dr. Soswinski wird abgelehnt, ebenso der Antrag des Abg. Schwaiger.

Infolge des Ausscheidens von Dr. Hohl aus dem Wiener Gemeinderat und dem Wiener Landtag ist auch die Wahl eines Mitgliedes des Immunitätskollegiums notwendig geworden. Die Volkspartei schlug Abg. Otto Lehner als Nachfolger vor, der auch gewählt wird.

Damit ist die Tagesordnung abgeschlossen. Der Präsident des Landtages Marek schließt die Sitzung um 11,20 Uhr.

Entfallende Sprechstunden

=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Beim Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten, Bauer, entfallen Donnerstag, den 27. Dezember, wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Unmittelbar darauf setzte der Wiener Gemeinderat seine Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1952 fort.

Stadtrat Afritsch (SPÖ) berichtet über die Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, für die 1952 79,315.340 Schilling vorgesehen sind. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr - bei Berücksichtigung einer Erhöhung des Polizeikostenanteiles von 23 Millionen und des Wegfalles des Aufwandes für Heinkel und Flüchtlinge und für Bundespräsidentenwahl und Volkszählung von zusammen 7,5 Millionen - eine tatsächliche Steigerung von 11,5 Millionen.

Der Aufwand für die Feuerwehr beträgt rund 42 Millionen, wobei für den Personalaufwand, der mit 1.346 Personen einen friedensmäßigen Stand hat, rund 35 Millionen vorgesehen sind. Auch der Stand von 203 Fahrzeugen ist friedensmäßig. Die Ausrüstung mit Funkeinrichtungen scheidet daran, daß die Alliierten keine Erlaubnis erteilen. Die neuer fertiggestellte Hauptfeuerwache Favoriten ist eine der besteingerichteten Feuerwehren in Europa. In den ersten 11 Monaten dieses Jahres waren 4 Großbrände - in Zistersdorf, den AGA-Werken und am Aspangbahnhof -, 23 Mittelbrände, 1.095 Kleinbrände und 91 Rauchfangbrände zu verzeichnen. Es ist jedoch kein Wohnhaus abgebrannt. Besonders zahlreich waren in diesem Katastrophenjahr die technischen Hilfeleistungen, nämlich in 4.140 Fällen. Einschließlich der erfreulicherweise auf 75 zurückgegangenen Fehlalarme waren bis Ende November 5.428 Alarmfälle. 79 freiwillige Feuerwehren wirken in den Randgemeinden, die von der Berufsfeuerwehr unterstützt werden und sich bei der Hochwasserkatastrophe besonders bewährt haben. Unter allgemeinem Beifall dankt Stadtrat Afritsch dem Kommando und allen Angehörigen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr.

Bevölkerungszahl noch immer rückläufig

Nach der am 1. Juni durchgeführten Volkszählung betrug die Bevölkerungszahl in 1. bis 26. Bezirk 1,760.784. Das bedeutet gegenüber 1934 - bezogen auf den gleichen Gebietesstand - eine Verminderung um 330.757 Menschen. Die Begründung liegt im

21. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2479

Sterbeüberschuß, der seinerzeitigen Judenaustreibung und dem Krieg. Die Bevölkerungsverminderung wäre noch größer, wären nicht mehr als 100.000 Flüchtlinge nach Wien gekommen. Von diesen Flüchtlingen sind rund 49.000 volksdeutsche Heimatvertriebene, die noch nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben und 24.000 fremdsprachige Ausländer. Eingebürgert wurden rund 30.000.

Gestorben sind 1951 26.400 Personen, die Geburtenanzahl beträgt 12.400, so daß ein Sterbeüberschuß von 14.000 gegenüber 12.100 im Vorjahr besteht. In Jahre 1947 standen 100 Todesfällen 93 Geburten gegenüber, im Jahre 1949 waren es 66 und im Jahre 1951 nur mehr 46. Da der Sterbeüberschuß durch den Wanderungsgewinn ausgeglichen wird, ist die Bevölkerungszahl mehr oder weniger stabil. Bei den Eheschließungen ist eine Steigerung um 2,92 Prozent auf 16.400 eingetreten,

Seit 1945 wurden 117.686 Personen eingebürgert

In den ersten 11 Monaten dieses Jahres wurden 7.254 Staatsbürgerschaftsansuchen positiv erledigt. Das sind um 518 mehr als 1950. Seit 1945 wurde 69.228 Einbürgerungsansuchen stattgegeben und damit 117.686 Personen eingebürgert. Wien hat damit bei einem Anteil von 25,46 Prozent an der Gesamtbevölkerung einen Anteil von 38,84 Prozent an den Staatsbürgerschaftsverleihungen, gegenüber Niederösterreich mit 17,25 Prozent und Oberösterreich, das rund 250.000 Flüchtlinge aufgenommen hat, mit nur 11,54 Prozent. Der Wiener Anteil an Einbürgerungen bei Warbern mit einem Aufenthalt von weniger als 10 Jahren beträgt 32,58 Prozent. In diesem Jahr wurden mehr als hunderttausend Heimatrollenauszüge und Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt.

Heinkehrer- und Kriegsgefangenenfürsorge

Die die Aufrechterhaltung einer eigenen Dienststelle für Heinkehrer nicht mehr erforderlich ist, werden die in Hinkunft heinkehrenden Kriegsgefangenen vom Wohlfahrtsamt betreut werden. Bisher wurden über 200.000 Heinkehrer in Wien betreut und dafür etwa 5,8 Millionen Schilling aufgewendet.

In diesem Jahr wurden 949 Liebesgabenpakete an Kriegsgefangene nach Rußland, 68 nach Jugoslawien und 19 nach Frankreich geschickt, für Heimkehrer und Kriegsgefangene rund 11.000 Stück Textilien, über 5000 Paar Schuhe, 4000 Gebrauchsartikel, Lebensmittel etc. und 62.000 Zigaretten ausgeteilt. Der Stand der kriegsgefangenen Wiener, von denen Nachricht vorliegt, beträgt 393, davon befinden sich 365 in Rußland, 10 in Jugoslawien, 9 in Frankreich, 6 in Polen und 3 in der CSR.

9253 Vereine, 7958 Belastete, 473 öffentliche Verwaltungen

Die Zahl der belasteten Nationalsozialisten hat gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 526 auf 7.958 erfahren, was vor allem auf Entscheidungen der Beschwerdekommision zurückzuführen ist.

Bei der Bundespräsidentenwahl waren 1.328.647 Wiener wahlberechtigt. Auffallend war die hohe Inanspruchnahme der Wahlkarten. Für beide Wahlgänge wurden 88.979 Wahlkarten ausgestellt. Erfreulicherweise gab es bei den beiden Wahlgängen im heurigen Jahr nur 8123 Einsprüche gegen 28.696 Einsprüche bei der Wahl des Jahres 1949. Die Bundespräsidentenwahl ist ohne Störung vor sich gegangen, wofür auch den Beamten des Magistrats der Dank gebührt. (Beifall.)

Die Zahl der öffentlichen Verwaltungen, die 1946 2356 betragen hatte und mit Beginn dieses Jahres auf 210 zurückgegangen war, erfuhr durch Delegation seitens des Finanzministeriums von 337 neuen Fällen, denen nur ein Abfall von 74 Fällen gegenübersteht, eine weitgehende Erhöhung. Der Stand der öffentlichen Verwaltungen und Aufsichten beträgt derzeit 473.

In den ersten elf Monaten des heurigen Jahres wurden 652 neue Vereine gegründet und in derselben Zeit 146 Vereine aufgelöst. Die Zahl der Vereine hat sich also um 506 vermehrt und beträgt derzeit 9.253.

Um 1200 Gewerbeberechtigungen mehr

Im letzten Jahr wurden 7213 neue Gewerbeberechtigungen erteilt, denen 6013 Gewerberücklegungen gegenüberstehen, so daß sich ein Zuwachs von 1200 Gewerbeberechtigungen ergibt. Gegenüber dem Jahre 1947, in dem der Zuwachs 7204 betrug, bedeutet der gegenwärtige Zuwachs allerdings nur ein Sechstel.

12.045 Wiener Kraftfahrzeuge

Der Stand an Kraftfahrzeugen in Wien betrug 1947 30.493, 1948 48.789, 1949 55.231, 1950 66.606 und ist im Juni 1951 auf 72.045 angestiegen. Davon entfällt rund je ein Drittel auf Personenkraftwagen, Lastkraftwagen und Motorräder.

Der illegale Ortsvorsteher

Durch die Normalisierung in den Bezirks- und Ortsverwaltungen ist ein bedeutender Arbeitwegfall eingetreten, wodurch der Personalstand weitgehend den geringeren Erfordernissen angepaßt werden kann. Es wird daher notwendig sein, das Personal in den Bezirksvorstehungen, aber insbesondere in den Ortsvorstehungen etwas zu verkleinern. Das Wahlergebnis wurde überall bei der Bildung der Bezirksvorstehungen und bei der Zusammensetzung der Ortsvorstehungen respektiert, mit Ausnahme von Rannersdorf, Brunn am Gebirge, Hinterbrühl und Sulz. In diesen vier Orten gibt es noch immer Ortsvorsteher, die dem Linksblock angehören, obwohl er die zweitkleinste Partei in diesen Orten darstellt. In zwei Fällen verfügt die Sozialistische Partei über die Mehrheit, in den beiden anderen die ÖVP. Trotzdem antieren dort noch immer - wohl illegal - die Kommunisten als Ortsvorsteher. Sie wurden von Bürgermeister zwar abberufen, antieren jedoch weiter, weil sie den Schutz der Besatzungsmacht hinter sich haben. Man muß wirklich fragen, ob es demokratisch ist, wenn die Sozialistische Partei ein Anrecht auf die Ortsvorsteherung hat, daß dort ein kommunistischer Ortsvorsteher sitzt.

Abschließend dankt der Stadtrat allen Angestellten der Verwaltungsgruppe sowie den Bezirksvorstehern, Bezirkeräten und Ortsvorstehern, die außerordentlich wertvolle Arbeit in den ersten Jahren der Nachkriegszeit geleistet haben und auch heute noch leisten und die ein wichtiges Bindeglied der zentralen Verwaltung der Gemeinde Wien zur Bevölkerung sind. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

GR. Josef Doppler (WdU) spricht den Wiener Feuerwehrmännern für ihre Leistungen die Anerkennung seiner Fraktion aus. Hier wurde wirklich zum Nutzen und Frommen der Wiener Bevölkerung das Beste getan. Betrüblerweise sei jedoch eine wenn auch nur geringfügige Personalreduktion um 11 Personen vorgesehen, die vermieden werden sollte.

Der Dienst der Feuerwehr sei derart anstrengend und verantwortlich, daß man trachten sollte, durch Erhaltung des Personalstandes oder sogar durch eine allfällige Vermehrung den Feuerwehrmännern eine Erleichterung zuzuführen. Durch den langen Dienst könnten Ermüdungserscheinungen den Einsatz der Feuerwehr beeinträchtigen.

Seine Fraktion anerkenne auch voll die Leistungen der Heimkehrerfürsorge. Hoffentlich werde sich durch die restlose Heimkehr unserer Kriegsgefangenen im kommenden Jahr eine weitere Betreuung überhaupt erübrigen. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Die Unabhängigen begrüßen es auch, daß eine so hohe Zahl von Einbürgerungen aufrecht erledigt werden konnte. Er müsse aber feststellen, daß in dieser Abteilung noch immer ein etwas unversöhnlicher Geist vorherrsche. Dieser Geist werde von einigen wenigen leitenden Beamten ausgestrahlt, die ihre persönlichen Ressentiments bei ihren Entscheidungen allzu stark mitsprechen lassen. Es werde dort noch immer an dem Prinzip der Sippenhaftung festgehalten, das offenbar noch nicht überwunden sei. Der Redner führt als Beispiel einen Fall an, in dem ein bereits erledigter Akt, bei dem alle Voraussetzungen erfüllt waren, über Weisung des Abteilungsleiters deshalb zurückgehalten wurde, weil sich herausstellte, daß ein Bruder des Ansuchenden bei der SS war. Der bereits aufrecht erledigte Akt wurde mit dem seines Bruders gekoppelt und die Erledigung auf diese Art hintangehalten.

Hinsichtlich der Matrikenführung beantragt der Redner die Streichung von Daten und Berufsangaben in den Personenstandsbüchern, die aus der Zeit der deutschen Verwaltung stammen und für den Betroffenen, seinen Ehegatten und seine Nachkommen eine politische Belastung beinhalten.

Bei der Registrierungsbehörde sei ein erfreulicher Wandel zu einer objektiven Geschäftsführung festzustellen. Die Rückerstattung und Eintreibung von im Jahre 1938 gewährten sogenannten Wiedergutmachungsbeträgen, die vor allem kleine Leute treffe, sei in vielen Fällen ungerecht. Die Gemeinde sollte sich nicht zum Büttel des Finanzministeriums herabwürdigen und vor allem auch in jenen Fällen von dieser Rückerstattung Abstand nehmen, wenn ohnehin das ganze Vermögen vom Gericht beschlagnahmt sei. Der Redner bittet den Stadtrat, bei der Spätheimkehreramnestie großzügig vorzugehen und keine nachträglichen bürokratischen Schwierigkeiten walten zu lassen.

Die Prozessführung der Gemeindeverwaltung gebe zu Klagen Anlaß. Es sei ein offenes Geheimnis, daß die Gemeinde Wien in Fällen Prozeß führe, in denen bereits präjudizielle Entscheidungen der Obersten Gerichtshöfe vorliegen und in denen daher die Gemeinde immer wieder sachfällig werde. Dafür spreche auch, daß die Prozeßkosten, die die Gemeinde zu zahlen hat, das Siebenfache dessen ausmachen, was sie an Prozeßkosten ersetzt bekommt. Die Gemeinde Wien verliere also sechs Prozesse, ehe sie einen gewinnt. Sie begehe sich damit in die Rolle eines Streithansels. Der Redner beantragt die Annahme einer Entschliebung, wonach der Magistrat alljährlich oder in kürzeren Zeitabschnitten einen Bericht über alle die Gemeindeverwaltung betreffenden Prozesse dem Gemeinderat vorlegen soll.

Abschließend bemerkt der Redner, es sei wirklich höchste Zeit, die Vergangenheit zu liquidieren und nicht mehr Unrecht mit Unrecht zu vergelten. Seine Fraktion werde für diese Verwaltungsgruppe stimmen. (Beifall beim WdU.)

GR. Dr. Altmann (LBl.) sagte, der Referent habe erschütternde Zahlen zur Kenntnis gebracht. Redner weist besonders auf das Verhältnis zwischen Sterbefällen und Geburtenziffern hin, das wesentlich schlechter als 1950 oder 1949 ist. Er bezeichnet diese Zahlen als einen Beweis, daß die Verhältnisse in Wien laufend schlechter werden. Man müsse daraus die Schlüsse ziehen und alle Kraft einsetzen, damit eine grundlegende Änderung der Situation in unserer Stadt und unserem Lande eintritt. Dr. Altmann stellte die Forderung, den Menschen die Gewißheit zu geben, daß der Frieden gesichert wird. Dies sei eine entscheidende Voraussetzung, die bisherige Entwicklung zu ändern.

Der Redner beschäftigt sich dann mit der Feuerwehr der Stadt Wien. Er bezeichnet die Erhöhung der Ausgaben bei der Feuerwehr als keinesfalls genügend, um die notwendigen Einrichtungen bei dieser bedeutenden Institution zu schaffen.

21. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2484

Als Beispiel führt er an, daß die Dotierung der Post "Bauliche Herstellungen" um 40.000 Schilling geringer als 1951 ist. Der Zustand vieler Feuerwachen und deren Instandhaltung läßt viel zu wünschen übrig. Der Redner bekrittelt die schlechten Unterkunftsräume für das Personal u.a. Auch der Ansatz für Inventaranschaffungen ist sehr bescheiden, wenn man den Bedarf der Feuerwehr in Betracht zieht.

Zum Personal der Feuerwehr bemerkte Dr. Altmann, es gibt in Österreich keine Berufsgruppe, die unter ähnlichen Verhältnissen ihren Dienst macht. 24 Stunden Dienst werden von 24 Stunden Freizeit abgelöst. Dabei ist dies eine Arbeit, die den außerordentlichen Einsatz des ganzen Menschen erfordert. Der Redner bedauert, daß sein bei Besprechung der Verwaltungsgruppe I gestellter Antrag einen zusätzlichen freien Tag im Monat zu gewähren, abgelehnt wurde. Bei der Polizei zum Beispiel sind die Verhältnisse wesentlich günstiger geregelt. Dr. Altmann verlangt eine grundlegende Änderung der Behandlung der Feuerwehrleute, besonders in der Frage der Dienstzeit.

Bezüglich der Abteilung für Bevölkerungswesen sagt der Redner, es muß Vorsorge getroffen werden, daß sich die Zeit der Erledigung von Staatsbürgerschaftsansuchen bei Menschen, die durch ehrliche Arbeit ihr Brot verdienen, beschleunigt. Er denke dabei, daß in etwa einen halben Jahr doch schon die Erledigung erfolgen könne. Unter Umständen müsse man eben an eine Personalvermehrung denken.

Über die Bezirksverwaltung sagt Dr. Altmann, daß es nach wie vor bedauerlicherweise nur provisorische Bezirksvertretungen gibt, die nichts anderes sind, als den provisorischen Bezirksvorsteher beigegebene Hilfsorgane ohne irgendwelche Rechte, die die Verfassung der Stadt Wien für sie vorsieht.

Scharf wendet sich der Redner gegen den Polizeikostenbeitrag und verlangt, daß die Stadt Wien ihre Rechte energischer vertritt. Er stellt den Antrag, den mit rund 35 Millionen festgesetzten Beitrag für die Bundespolizei auf einen bloßen Anerkennungsbeitrag von 10 Schilling herabzusetzen.

Abschließend stellt Dr. Altmann fest, daß seine Fraktion den Ansätzen des X. Hauptstückes nicht zustimmen wird.

21. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2485

GR. Schwaiger (ÖVP) polemisiert eingangs gegen das Verlangen des GR. Dr. Altmann auf Streichung des Beitrages zu den Kosten der Bundespolizei und stellt fest, daß dieser Post eine Kopfquote von 20 Schilling pro Mann zugrunde gelegen ist, während die tatsächlichen Kosten 26 Schilling betragen, so daß auch hier eine Subventionierung der Gemeinde Wien seitens des Bundes vorliegt. Darüber hinaus wäre der Finanzminister gerne bereit, der Gemeinde Wien die 35 Millionen zu erlassen, wenn auf der anderen Seite dafür gesorgt wird, daß jene Steuern, die von USIA-Betrieben und USIA-Läden unterschlagen, und die Zollgebühren, die seitens der russischen Besatzungsmacht entzogen werden, dem österreichischen Staat zur Verfügung gestellt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Beim "Antsblatt der Stadt Wien" hat man vielfach nicht den Eindruck, daß es sich um ein öffentliches Verlautbarungsorgan einer Stadtverwaltung handle, sondern um einen Anzeiger. Die se Annoncen stammen von Kontrahenten der Gemeinde Wien, die, wenn man an sie das Ansinnen auf Einschaltung einer Annonce stellt, nicht gut nein sagen können. Dies ist einer so großen Gebietskörperschaft unwürdig und sollte abgestellt werden.

Bei Betrachtung der Zahlen über das Bevölkerungswesen kommt man fast zu dem Schluß, daß Wien eine sterbende Stadt ist. Freilich ist die Liebe zum Kind nicht nur ein ideelles, sondern im besonderen Maße ein materielles Problem. Die österreichische Volkspartei hat sich der Notwendigkeit, die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, nie verschlossen. Über ihre Initiative wurde die Familienzulage wieder eingeführt, weiter gegen einen teilweisen sehr harten Widerstand des Gewerkschaftsbundes die Kinderzulage, und die Volkspartei wird nicht ruhen, bis auch die Familienausgleichskassen geschaffen werden. (Beifall bei der Volkspartei.) Man muß aber auch die ideellen Voraussetzungen schaffen, und hier sollen Presse, Film und Volkshochschulen in den Dienst dieser guten Sache gestellt werden. Auch die Ärzte müssen aufgerufen werden, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein. (Beifall bei den Parteigenossen.)

21. Dezember 1951 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2486

Das Problem hat sogar für Wien eine politische Seite, denn durch die geringere Bevölkerungszahl verliert Wien fünf Nationalratsmandate an die Bundesländer, wodurch der politische Einfluß Wiens geringer wird.

Auf eine dringliche Anfrage der GR.Hiltl erklärte Vizebürgermeister Honay, es bestehe keine Anordnung, wonach die Säuglingswäschepakete nur an jene volkdeutschen Flüchtlinge ausgegeben werden, die eine Bestätigung der sozialistischen Interessengemeinschaft Volkdeutscher Heimatvertriebener bringen. Dagegen ist festzustellen, daß der Akt dieser Anordnung am 16. November 1950 ausgestellt wurde. Auch das ist nicht geeignet, die Liebe zum Kind zu wecken.

GR.Schwaiger kritisiert dann, daß bei der Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft in Wien zum Unterschied von anderen Bundesländern ein einziger Mann, der Amtsführende Stadtrat entscheidet, welche Einmandenokratie nicht als die richtige Form der Demokratie bezeichnet werden kann. (Stadtrat Resch: Hoch Schmitz!) Wenn hier Hoch Schmitz gerufen wird, so kann ich darauf verweisen, daß es noch andere Beispiele einer solchen Einmandenokratie gibt. Gemäß Tagesordnung des Ausschusses der Verwaltungsgruppe VII sollten die Fischereiwasser Donaukanal an den Fischereiverein der städtischen Angestellten der Stadt Wien verpachtet werden. Dieser Punkt wurde wieder abgesetzt und der zuständige Referent vom Herrn Bürgermeister beauftragt, diese Gewässer an den Arbeiter-Fischereiverein zu verpachten, obwohl dieser bereits nicht weniger als 20 Fischereiwässer von der Gemeinde Wien gepachtet hat. (Hört!-Hört!-Rufe bei der Volkspartei.)

Die Randgemeinden sind nach wie vor ausgesprochene Stiefkinder der Gemeinde Wien, und man sollte wenigstens, wenn dort öffentliche Gebäude errichtet werden, Gewerbetreibende dieser Randgemeinden mit der Ausführung beauftragen. Überhaupt muß die Frage der Randgemeinden raschest gelöst werden.

Wenn GR. Dr. Altmann sich darüber aufregt, daß die Verfassung in diesem Hause nicht gewahrt wird, dann muß gerade an ihn appelliert werden, dafür zu sorgen, daß alle jene kommunistischen Bezirks- und Ortsvorsteher, die auf Grund der Entscheidung des Volkes nicht mehr im Amt zu sein haben, von ihrem Posten zurücktreten.

Abschließend verweist GR. Schwaiger darauf, daß die Gemeinde Wien bis heute 781 Millionen Schilling Besatzungskosten zahlen mußte und appelliert, diesem Land endlich die Freiheit zu geben. Die Besatzungstruppen mögen nach Hause gehen und dafür die Kriegsgefangenen zurückschicken. (Lobhafter Beifall bei der Volkspartei.)

GR. Svetelsky (SPÖ) dankt einleitend den Beamten dieser Verwaltungsgruppe, die den Akt nicht nur als Akt, sondern auch mit menschlichen Gefühlen behandeln. (Beifall bei den Sozialisten.) Die Sozialisten sind auch gerne bereit, mit menschlichen Verstehen Notstandsfälle, die sich aus der politischen Vergangenheit ergeben, zu beseitigen. Diese Fälle werden nach objektiver Beurteilung erledigt werden.

Wenn darauf hingewiesen wurde, daß bei der Feuerwehr während des Dienstes Ermüdungserscheinungen eintreten, so muß darauf verwiesen werden, daß die Sozialisten immer bemüht sind, die arbeits- und dienstrechtlichen Vorschriften der Beamten und Arbeiter zu verbessern, daß aber diese Ermüdungserscheinungen nicht allein auf den Dienst zurückzuführen sind, sondern auch darauf, daß Feuerwehrmänner in ihrer Freizeit einer Nebenbeschäftigung nachgehen.

Die Gemeinde Wien hat die meisten Einbürgerungen aller Bundesländer vorgenommen. Das beweist, daß gerade in diesem Ressort nicht nach parteipolitischen Erwägungen vorgegangen wird. Würden die Ansuchen einen Ausschuß zugewiesen, so müßten diese Akte mit Waschkörben hingebraucht werden. Daher ist dies unmöglich, im übrigen werden auch beim Bund die Entscheidungen vom zuständigen Minister getroffen. (Ruf bei der ÖVP: Es kommen aber genaue Listen in den Ministerrat.) Die oft zitierte Interessengemeinschaft der Heimatvertriebenen betreut in Wien 8000 Mitglieder, aber seit 1945 sind in Wien 18.600 Einbürgerungsansuchen von Volksdeutschen positiv erledigt worden.

Die Feuerwehr hat insbesondere auch bei der Hochwasserkatastrophe ihr Bestes hergegeben, und der Gemeinderat sollte einstimmig bei den Alliierten dagegen protestieren, daß diese friedliche

Einheit nicht mit Funkgeräten ausgerüstet werden darf. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten wird sicher alles tun, um diese Berufsgruppe ein - auch für volksdemokratische Länder - beispielgebendes Sozialrecht zu geben. (Beifall bei den Sozialisten.) Und wenn GR. Dr. Altmann über die Arbeitszeit der Feuerwehr redet, so kann man nur darauf verweisen, daß die Gewerkschaft immer bemüht sein wird, diese zu verbessern, daß aber, beispielsweise in Ungarn die Arbeitszeit der Kraftfahrer von acht bis achteinhalb Stunden auf zehn bis zehneinhalb Stunden erhöht wurde. Wenn er weiter davon gesprochen hat, daß die provisorischen Bezirksvertretungen nicht Dauereinrichtungen werden sollen, muß ihm beige-pflichtet aber auch darauf verwiesen werden, daß ein diesbezüglicher Versuch im Wahlgesetz 1949 nicht an den Mehrheitsparteien, sondern am Einspruch einer einzigen Besatzungsmacht gescheitert ist. Es ist auch unhaltbar, daß in vier Gemeinden kommunistische Ortsvorsteher weiter unter dem Schutz einer Besatzungsmacht im Amt bleiben, entgegen dem Willen der demokratisch gesinnten Bevölkerung dieser vier Gemeinden.

Hinsichtlich der Heimatvertriebenen bittet der Redner den Stadtrat, das Einbürgerungstempo zu beschleunigen. Er verweist darauf, daß Präsident Böhm vor einigen Tagen erklärte, daß er sich für die arbeitsrechtliche Gleichstellung der Heimatvertriebenen einsetzen werde, und spricht die Hoffnung aus, daß diese Absichten der sozialistischen Mandatare anerkannt werden.

Wenn GR. Schwaiger unter Anspielung auf den § 144 hier in diesem Hause eine Kulturdebatte anschneiden wollte, so sollte man diese Frage der zuständigen parlamentarischen Körperschaft überlassen. Da aber zu den Dienstnehmergruppen, die er, der Redner, zu betreuen habe, auch die Sanatorien gehören, würde er die Abgeordneten von der Gegenseite einmal einladen, in den Sanatorien nachzuschauen, welche Herrschaften es sind, die den Keim im Mutterleib töten lassen. Es sind keine Arbeiter und Angestellten sondern die bemittelten Menschen in diesem Lande, die in ein Sanatorium gehen und sich dort unter Ausnützung irgendeines Argumentes - wobei er niemand verdächtigen wolle - das Kind, das sie wirklich in der Lage sind zu erhalten, nehmen lassen.

Auf die Heinkehrerfürsorge übergehend, dankt der Redner den unpölitisch zusammengesetzten Kriegsgefangenenkommissionen, die in fairer und anständiger Zusammenarbeit sich bemüht haben, die menschliche Aufgabe der Heinkehrerbetreuung durchzuführen. Es war dies für die Mitglieder dieser Kommission, die von Bahnhof zu Bahnhof geeilt sind und die Heinkehrer empfangen und betreut haben, gewiß keine leichte Aufgabe. Wir dürfen für diese reibungslose Arbeit auch den Dank der gesamten Bevölkerung Wiens an diese freiwilligen Helfer zum Ausdruck bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Von den 393 noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Wienern sind nicht weniger als 365 in russischer Gefangenschaft. Es wird gerne das Argument gebraucht, daß auch die in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen wegen krimineller Vergehen oder als SS-Angehörige noch zurückgehalten werden müßten. Selbst fünfeinhalb Jahre in die Zwangsjacke der deutschen Wehrmacht gepreßt, wisse er, daß Ende 1943 Hitler und Göring veranlaßt haben, daß Menschen, die mit dem Nationalsozialismus gar nichts gemein hatten, zwangweise der Waffen-SS zugeteilt wurden. Er selbst sei nahe daran gewesen, aus politischen Gründen zur SS gesteckt zu werden, und nur der Widerstandsgruppe Wien war es zu danken, daß er den "Himmelfahrtskommando" entgehen konnte. Es habe aber auch eine Reihe von Antifaschisten gegeben, die aus dem Konzentrationslager gegen Revers entlassen und gerade zur SS gesteckt und dort eingesetzt wurden. Den Kommunisten müßte selbst der Fall ihres Parteigenossen Habergut aus Simmering bekannt sein, um dessen Freilassung sich seine Frau vergeblich über die Kommunistische Partei bei der Besatzungsmacht bemüht hat, der sich seinerzeit den Russen bei der ersten Gelegenheit ergeben hatte. Und so gibt es noch Hunderte und Tausende, die unschuldig als SS-Leute festgehalten werden und die seinerzeit durch Hitler und Göring zwangweise in diese Wehrmachtsformation eingegliedert wurden. Es wäre reichlich an der Zeit, wenn man so viel von Frieden faselt und redet, den Worten endlich die Tat folgen zu lassen, und gerade der Linkeblock wäre dazu ausersehen, der russischen Besatzungsmacht vor Augen zu führen, daß es nicht angeht, fast

fast sieben Jahre nach Beendigung des Krieges noch österreichische Kriegsgefangene zurückzuhalten. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und WdU.) Hier könnten unsere Kommunisten eine Tat des Friedens setzen und Menschen aus einer seelischen Qual befreien, die für sie und ihre Angehörigen unerträglich geworden ist. Die Kommunistische Partei hätte sogar eine wirkungsvolle Propaganda für sich, wenn sie diesen Friedensschritt einmal tun würde.

Wir Sozialisten dürfen in Anspruch nehmen, schließt der Redner, daß wir durch die konstruktive Arbeit in der Gemeinderatsstube den Beweis angetreten haben, daß wir an Frieden und Menschlichkeit glauben. Wir glauben an den Menschen und die Menschlichkeit, weil wir der Auffassung sind, daß eine menschliche Ordnung nur eine sozialistische sein kann. Meine Fraktion wird diesem Kapitel die Zustimmung geben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Afritsch befaßt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den in der Debatte vorgebrachten Wünschen hinsichtlich der Verleihung der Staatsbürgerschaften und betont, daß er den Auftrag gegeben habe, bei der Einbürgerung menschlich vorzugehen sowie gründlich und rasch zu arbeiten. Eine Einschaltung des Gemeinderatsausschusses würde mit Rücksicht auf die große Zahl der Fälle höchstens zu einer Verzögerung führen. Irgendwelchen Wünschen und Beschwerden seien jedoch immer die Türen geöffnet. Bisher konnten über 69.000 Ansuchen erledigt werden. Bei einer Rückschau auf diese Leistung könne er sagen, daß diese Arbeit mit einem Minimum an Unkorrektheiten geschehen ist. Das sei auch ein Verdienst vor allem der leitenden Beamten dieser Abteilung.

Der GR. Dr. Altmann, der den Gestorbenenüberschuß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich zurückgeführt hat, mußte wissen, daß gerade in nicht sehr zivilisierten Gebieten der Erde der Geburtenüberschuß immer am größten ist. In Österreich spielen aber die politischen Verhältnisse eine größere Rolle als die wirtschaftlichen Verhältnisse. (Zustimmung.) Und zu den politischen Verhältnissen gehören in erster Linie die Verhältnisse, unter denen wir in Österreich leben.

Die Besatzung ermuntert niemand in Wien oder in Österreich, Kinder zu kriegen. Eine Voraussetzung für den Frieden ist die Sicherheit und vor allem das Recht, das in Österreich wiederhergestellt werden muß. Das Recht ist erst dann wiederhergestellt, wenn wir in unseren Lande frei verfügen können und nicht durch alliierte Mächte gehindert werden. So hängt die Besatzung sehr wohl mit dem Problem des Gestorbanenüberschusses zusammen. (Beifall.)

Die Gemeindeverwaltung habe es, obwohl dies Dr. Altmann behauptete, auch nie versäumt, den Feuerwehrleuten für ihre schwere und gesundheitsgefährdende Arbeit zu danken. Der Stadtrat weist auf zahlreiche Telegramme und Dankausprüche hin, so vor allem auf den Dank des heutigen Bundespräsidenten Körner an die Feuerwehr, anlässlich der Hochwasserkatastrophe und des Bürgermeisters Jonas, anlässlich des Erdölbrandes in Zistersdorf. Die Feuerwehr erhalte heute auch sechs zusätzliche Urlaubstage, die nicht bagatellisiert werden sollten. Jeder Feuerwehrmann habe in Wien zwei Paar Stiefel, dazu noch ein Paar Schuhe, er bekam in vorigen Sommer zusätzlich eine Hemdbluse und wird in kommenden Jahr eine zweite Hemdbluse erhalten. Er besitzt weiter zwei bis drei Kammgarnanzüge sowie zwei bis drei Hosen. Wenn ein Feuerwehrmann in fünf bis sechs Wochen einmal Theaterdienst mache, so könne man gewiß nicht von einem großen Opfer sprechen, wie dies Dr. Altmann getan habe, unso mehr als er dafür eine Entlohnung bekommt.

Zu den Ausführungen von GR. Schwaiger sagt der Referent, daß man beim Stenographendienst dafür sorgen müssen werde, daß die Protokolle rechtzeitig angefertigt werden. Gewisse Reformen sind notwendig.

Es ist jedoch nicht richtig, daß das Amtsblatt aktiv ist, weil ja der Verwaltungsaufwand und der Personalaufwand in Budget nicht berücksichtigt sind. Was die Inserate betrifft, verwies der Referent auf das Beispiel der Stadt Zürich, deren Amtsblatt sehr viele Inserate aufweist.

Das Randgemeindenproblem steht noch immer in der Diskussion. Er glaube, daß dieses Problem mit den Fragen der Besatzung verflochten ist.

Der Referent unterstreicht die Auffassung von GR.Svetelsky, bei den Einbürgerungsverfahren rascher zu arbeiten. Es kommt natürlich auch vor, daß einmal eine oder andere Partei dem Wunsch entspricht, daß dieser oder jener eingebürgert werden soll. Der Stadtrat betont jedoch, daß das nie ausschlaggebend war.

Abschließend ersuchte Stadtrat Afritsch um die Zustimmung zu den Ansätzen seines Budgets. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X.Hauptstückes ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen. Der Antrag von GR.Dr.Altmann wird abgelehnt, ein Antrag der WdU gleichfalls und ein Antrag der WdU der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Voranschlag der Stadt Wien abgeschlossen

Über Bilanz und Bedeckung des Voranschlages der Stadt Wien für 1952 referierte Stadtrat Resch. Er führte aus, daß sich der Wiener Gemeinderat in dieser Woche seit Montag in mehr als vierzigstündigen Beratungen mit dem Voranschlag beschäftigt hat. Er könne wahrlich sagen, daß die Mitglieder dieses Hauses bei den Beratungen ihre demokratische Pflicht erfüllt haben und müsse auch anerkennen, daß mit wenigen Ausnahmen die Beratung sachlich geführt wurde. Stadtrat Resch stellte den Antrag, den Entwurf des Voranschlages im ordentlichen Teil mit Einnahmen von 2.557,690.170 Schilling und Ausgaben von 2,617,446.490 Schilling, in außerordentlichen Teil mit Einnahmen von 46,697.300 Schilling und Ausgaben von 118,890.000 Schilling zu genehmigen.

Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Einsparungen und Einnahmeerhöhungen ausgeglichen werden kann, in Rücklagen zu decken.

Die Ansätze der Posten 10, Hauptbezüge, 11, Nebenbezüge, 14, Ruhe- und Versorgungsgenüsse, 15, Sozialversicherungsbeiträge, und 19, Sonstige Personalauslagen, sind, jede Post für sich, durch sämtliche Rubriken des Voranschlages gegenseitig deckungsfähig.

Virements zwischen den Personalrubriken sowie Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Ausweis über die Investitionen und sonstigen größeren baulichen Herstellungen sowie Inventaranschaffungen verzeichneten Teilbeträge ein und derselben Post sind an die Zustimmung des Amtsführenden Stadtrates für Finanzen gebunden, soweit die Überschreitung im Einzelfall 10 Prozent des betreffenden Ansatzes bzw. Teilansatzes oder 3.000 S übersteigt. Virements bis zu diesen Grenzen sind den anordnungsbefugten Dienststellen überlassen.

Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen wird ermächtigt, Ausgabeansätze so weit zu sperren, wie die Kassenanlage es erfordert.

In der Debatte sprach als einziger Redner GR. Dr. Soswinski (LBl.). Er bezeichnete es als unmöglich, daß der Amtsführende Stadtrat für Finanzen ermächtigt wird, Ausgabenansätze zu sperren.

Bezüglich einer Äußerung, es gäbe keine Möglichkeit neuer Steuern mehr, zählt der Redner die ehemaligen Steuern und Abgaben der Stadt Wien auf und verweist auf die Möglichkeiten einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Neueinführung. Er denke dabei an eine Steuer auf Rennpferde.

Stadtrat Resch führte in seinem Schlußwort aus, er habe alljährlich die Aufgabe, vom Gemeinderat zu verlangen dem Finanzreferenten die Ermächtigung zu geben, Ausgaben zu sperren. Alljährlich höre man auch von Dr. Soswinski den gleichen Einwand, allerdings von Jahr zu Jahr etwas milder. Stadtrat Resch betont, daß die Ermächtigung schon vier Jahre lang erteilt wurde und er in allen diesen Jahren nicht einmal von seiner Ermächtigung Gebrauch gemacht hat. (Beifall bei der SPÖ.) Er könne nur wiederholen, daß er die gleiche Vorgangsweise auch im kommenden Jahr anwenden werde.

Zu den Ausführungen des Debattenredners über die Möglichkeiten neuer Steuern sagt der Referent, Dr. Soswinski habe selbst zugegeben, daß man diese Steuern heute nicht einführen könne. In der Finanzpolitik, die die Stadt Wien seit 1945 betreibt, fehlt die Möglichkeit, politischoptische Steuern wie vor 1934 zu schaffen. Denn alle diese Steuern waren gegenüber der Bevölkerung sicherlich wirksam, weil sie einen unnötigen Luxusaufwand erfaßten. Sie waren allerdings materiell vollkommen belanglos. Zu der Anregung Dr. Soswinskis bezüglich einer Steuer für Rennpferde, sagte Stadtrat Resch, es dürfte ungefähr 14 Rennpferde in Wien geben.

Abschließend bat der Referent den Vorsitzenden, den Dank des Gemeinderates nicht nur allen Kollegen Stadträten auszusprechen, sondern auch den Gemeinderäten selbst, dann dem Magistratsdirektor, dem Kontrollamtsdirektor, den Magistratsabteilungen 4 und 5 mit Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder und Oberamtsrat Schneider, der die Grundlagen des Budgets erstellt hat (Beifall), dem Rechnungsamt mit Obermagistratsrat Giller sowie allen Beamten, die an der Erstellung des Budgets mitgewirkt haben (Beifall).

Bei der Abstimmung werden die vom Referenten gestellten Anträge betreffend den Voranschlag ohne die Stimmen des Links Blocks genehmigt. Damit sind die Beratungen über den Voranschlag der Stadt Wien für 1952 abgeschlossen.

Tödliches Verkehrsunglück in Eßling

=====

21. Dezember (Rath.Korr.) Heute um 17.20 Uhr ereignete sich auf der Hauptstraße in Eßling ein folgenschwerer Verkehrsunfall, bei dem der städtische Bedienstete Konrad Tappert, 22., Neue Siedlung 2, getötet und der Bezirksvorsteher des 22. Bezirkes, Leopold Horacek, leicht verletzt wurde. Der städtische Personenwagen legte nächst der Autobushaltestelle Hauptstraße einen mit Eisentraversen beladenen Lastkraftwagen einer Besatzungsmacht. Der Chauffeur Tappert übersah in der Dunkelheit, daß eine der Eisentraversen weit über die Ladefläche hinausragte. Beim Passieren des Lastkraftwagens wurde er von dem Eisenstück erfaßt und auf der Stelle getötet. Bezirksvorsteher Horacek erlitt eine Rißquetschwunde an der linken Stirnseite und konnte sich nach der ersten Hilfeleistung durch den städtischen Rettungsdienst in häusliche Pflege begeben. Der städtische Personenwagen wurde vollkommen zertrümmert.

Der 36jährige Chauffeur Tappert wurde vor 5 Jahren in den Dienst der Stadt Wien aufgenommen. Er galt als außerordentlich tüchtiger und verlässlicher Lenker. Als Vertrauensmann der Zentralgarage erfreute er sich unter seinen Kollegen großer Beliebtheit.

Die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen

Als zweiter Punkt der Tagesordnung werden nun die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen behandelt. Referent ist Stadtrat Dkfm. Nathschläger. Er führt zunächst aus, daß sich die verschiedenen Veränderungen im Lohn- und Preisgefüge während des Jahres 1951 bei den Städtischen Unternehmungen in ungefähr der gleichen Weise ausgewirkt haben, wie beim Budget für den Hoheitsbereich der Stadt Wien. Die Aufwendungen der vier Unternehmungen, der Stadtwerke, des Brauhauses, der Bestattung und der Gewista sind vom 1.360,9 Millionen Schilling um 542,5 Millionen auf 1.903,4 Millionen Schilling, das ist um 39,8 Prozent gestiegen. Die Erträge haben sich von 1276 Millionen um 605,5 Millionen auf 1881,5 Millionen erhöht, das sind 47,4 Prozent. Gemessen an den Zahlen des Hoheitsbereiches haben die Ansätze der Städtischen Unternehmungen eine nicht sehr wesentliche Erhöhung erfahren. Der Gesamtabgang beziffert sich auf 21,9 Millionen Schilling gegenüber 84,9 Millionen im Jahre 1951.

Im einzelnen ist es gelungen die Erträge in einem höheren Ausmaß zu steigern als den Aufwand. Man könnte dadurch zu der Annahme verleitet werden, daß die Unternehmungen für 1952 mit günstigeren Erfolgsaussichten rechnen können. Dem ist leider nicht so. Von den in den Stadtwerken zusammengefaßten drei Unternehmungen kann bloß die Entwicklung beim E-Werk als gesund und befriedigend bezeichnet werden. Das Gaswerk, das bisher in gleicher Weise beurteilt werden konnte, wird durch unvorhergesehene Veränderungen wesentlich ungünstiger abschließen. Dies ist vor allem auf den Rückgang der Kohlenlieferungen aus der Ruhr und aus der CSR zurückzuführen, der durch amerikanische Kohle ausgeglichen werden muß, die sich wegen der höheren Frachtkosten begreiflicherweise teurer stellt. Auch die verspätete Gaspreisregulierung, die schon im März dieses Jahres beantragt worden war, hat sich ungünstig bemerkbar gemacht. Wenn es nicht gelingen sollte, bei den Kohlenlieferungen eine entscheidende Besserung zu erreichen, wird man eine fühlbare Reduktion der vorgesehenen Investitionen vornehmen müssen.

Das Personal der Unternehmungen

Beim Personal wird es gelingen, eine Verringerung des Standes um 258 aktive Bedienstete durch Einsparungen beim Gaswerk, bei den

Verkehrsbetrieben und auch beim Brauhaus zu erreichen. Dem steht allerdings bei den E-Werken und bei der Bestattung eine Vermehrung um 68 Bedienstete gegenüber. Insgesamt ergibt sich eine Ver-minderung von 190 Bediensteten. Der Stand der Pensionisten wird sich um 540 das sind 3,1 Prozent erhöhen.

Die Personalkosten für Aktive steigen von 312,9 Millionen Schilling auf 480,6 Millionen Schilling das sind 53,5 Proeznt. Die Personalkosten für Pensionisten erhöhen sich von 118 auf 176,7 Millionen um 49,6 Prozent. Die gesamten Personalkosten einschließlich der Soziallasten betragen somit 657,3 Millionen Schilling gegenüber 431 Millionen im Jahre 1951, das ist eine Erhöhung um 52,5 Prozent.

Kaufmännische Führung und Wirtschaftlichkeit

In Bezug auf die kaufmännische Führung der Unternehmungen stellte Stadtrat Dkfm. Nathschläger fest, daß er bei seinen häufigen Besuchen in den Direktionen und in den Werken mitunter den Eindruck gewonnen habe, daß in vieler Hinsicht zu schwerfällig gearbeitet wird und vor allem Methoden, die vor zwanzig oder dreissig Jahren aktuell und modern gewesen sind, noch immer weitergeführt werden. Wenn die Städtischen Unternehmungen mit denen der Privatwirtschaft und denen anderer Länder Schritt halten sollen, muß die Modernisierung auch auf die Büros übergreifen. Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, einen gewissen konservativen Geist allmählich aus den Büros zu verbannen und moderne Methoden anzuwenden. Es muß vor allem eine rationellere und bessere Arbeitsweise erreicht werden.

Manche Fortschritte sind auf diesem Gebiet schon erzielt worden. Der Referent wies besonders auf die Leistung des Betriebsleiters der Kammerofenanlage im Werk Simmering hin. Dipl.Ing.Keck hat durch seine fleißige Arbeit bedeutende Einsparungen erzielen können. Daß er dafür den Dr. Karl Renner-Preis erhalten hat, ist nicht nur eine Auszeichnung für ihn, sondern auch ein Ansporn für alle jene, die ebenso wie er bestrebt sind, ihr Bestes im Dienste der Werke, denen sie angehören, zu leisten. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU.)

Der Referent sagte in diesem Zusammenhang, es sei auch notwendig, ein neues Entlohnungssystem zu schaffen, um eine weitere Leistungssteigerung herbeizuführen. Dabei soll die Belegschaft aus einer Produktionssteigerung auch einen entsprechenden Anteil erhalten.

Die Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen kann selbstverständlich nicht ausschließlich beim Personal vorgenommen werden. Es wird auch notwendig sein, beim Sachaufwand, bei den Investitionen, in der finanziellen Koordinierung der einzelnen Unternehmungen, der Betriebswirtschaftskontrolle und nicht zuletzt bei der Beeinflussung und Verbesserung der Ergebnisse neue Methoden anzuwenden. Ein von den Referenten aufgestelltes Sanierungsprogramm ist noch im Verhandlungsstadium. Er hoffe aber, daß es wesentliche Erfolge zeitigen wird, wenn es zur Durchführung gelangt.

Mit besonderem Nachdruck wies der Referent darauf hin, daß bei Neueinstellungen äußerst rigoros und nur nach sachlichen Gesichtspunkten vorgegangen wird. Sonst besteht die Gefahr, verschiedener Unzukömmlichkeiten, für die nachträglich nur schwer die Verantwortung zu tragen ist. Stadtrat Dkfm. Nathschläger vertrat auch die Forderung, daß den Unternehmungen ein möglichst weitgehender Einfluß auf den Personaleinsatz gewährleistet wird und sich die Zentralstellen nur auf die Einhaltung gewisser Richtlinien beschränken. Der Referent gab auch seiner Überzeugung Ausdruck, daß eine Schmälerung des derzeitigen Zentralismus in der Personalverwaltung keineswegs zur Katastrophe führen muß. Wenn die Richtlinien eingehalten werden, ist vielmehr beiden Seiten damit am besten gedient.

Vergleiche mit dem Ausland

Bezüglich der Verlustdeckung der Unternehmungen brachte Stadtrat Dkfm. Nathschläger dem Gemeinderat einige Erfahrungen zu Gehör, die er durch seine Besuche im Ausland gewonnen hatte. Er stellte fest, daß vor allen die Verkehrsbetriebe im Ausland in der Erfüllung ihrer Aufgaben viel unabhängiger sind, dabei aber doch mit einer weitgehenden Hilfe seitens der Stadtverwaltung rechnen können. In Brüssel wird unter allen Umständen darauf gesehen, daß der Tarif kostendeckend ist. In Paris können der Staat sowie die Ortsbehörden zur Deckung der Be-

triebskosten der Verkehrsbetriebe herangezogen werden. In Zürich muß, wenn das Unternehmen mit Defizit arbeitet, ein Antrag auf Tarifierregulierung an die Stadtverwaltung gestellt werden. In Mailand erhält die Unternehmung die erforderlichen Mittel jeweils von der Gemeindeverwaltung. Man muß zu der Überzeugung kommen, daß das in Wien gehandhabte System, daß zwar der Magistrat von den Unternehmen Geld nimmt, ihnen aber wenig oder gar nichts gibt, in höchstem Maße einseitig und daher nicht richtig ist, und daß bei Beibehaltung eines solchen Systems zumindest die Verkehrsbetriebe dauernd Schaden leiden und die Bevölkerung auch weiterhin nicht damit rechnen kann, daß sich die Lage entscheidend verbessert. Dazu gehört auch, daß speziell den Verkehrsunternehmungen im Zuge der Planung von Neuanlagen Kosten auferlegt werden, die mit der Aufrechterhaltung eines sicheren und reibungslosen Verkehrs direkt nicht zusammenhängen. Aber auch dann, wenn alle Voraussetzungen für eine finanzielle Unterstützung der Unternehmungen gegeben wäre, würden hier noch immer bedeutende Mittel fehlen, um die Kriegeschäden bei den Verkehrsbetrieben zu beseitigen und die Rationalisierung der übrigen Unternehmen im wünschenswerten Maße fortsetzen zu können. Es wird daher gemeinsame Aufgabe der Stadtwerke und des Finanzreferates sein müssen, im kommenden Jahr gewisse finanzielle Maßnahmen vorzubereiten.

Daß das Gesetz über die Schilling-Eröffnungsbilanz noch immer nicht verabschiedet werden konnte, ist bedauerlich, denn auch dieses Gesetz dient der Stabilisierung und Konsolidierung der österreichischen Wirtschaft. Die Bemühungen, ERP-Kredite auch für die Unternehmungen zu erlangen, waren nicht sehr erfolgreich. Auch für das Jahr 1952 haben die Stadtwerke sowie die kleineren Unternehmungen ein Investitionsprogramm vorbereitet, das sich noch immer sehen lassen kann. In den Investitionsplänen sind Vorhaben im Gesamtausmaß von 380 Millionen Schilling, um 64 Millionen Schilling mehr als für 1951 präliminiert. Allerdings mußten Sperrungen von 86,8 Millionen gegenüber 65,9 Millionen im heurigen Investitionsplan vorgenommen werden. Für Investitionen, die ausgeführt werden können, stehen rund 293 Millionen Schilling gegen 260 Millionen Schilling in diesem Jahr zur Verfügung, woraus eine Steigerung der freien Investitionen um 11,4 Prozent resultiert. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung müßten die freien Investitionen bei gleichen

Umfang rund 390 Millionen ausmachen. Demnach kann nur ein geringeres Volumen an Investitionen zur Durchführung gelangen.

Zu dem gleichen Ergebnis führt auch eine Untersuchung, wenn man die Investitionen, die pro 1951 geplant waren und für das kommende Jahr prälininiert sind, in Verhältnis setzt zu den Erträgen der vier Unternehmungen in den beiden Jahren. Es ergibt sich demnach, daß die freien Investitionen des Jahres 1951 20,4 Prozent und die für das Jahr 1952 prälininierten bloß 15,6 Prozent der veranschlagten Erträge ausmachen. Wenn auch dieser Abfall nicht als symptomatisch angesehen werden braucht, so ist doch Vorsicht geboten und vor allen ein Anlaß mehr gegeben, der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen noch größeres Augenmerk zuzuwenden, damit dieser Rückgang bei den möglichen Investitionen allenfalls doch noch aufgeholt werden kann.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger erläutert sodann den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Wirtschaftsjahr 1952. Der Aufwand für Löhne und Gehälter macht rund 424 Millionen Schilling, um 44,3 Prozent mehr als für 1951 aus. Den Erfolgsplan für 1952 wurde ein Personalstand von 20.466 Personen zugrundegelegt, um 218 weniger als 1951. Die gesetzlichen sozialen Ausgaben erhöhen sich von 16 Millionen auf 33,6 Millionen, was einer Steigerung um 109 Prozent gleichkommt. Hier wirkt sich besonders die Erhöhung des Beitrages für Kinderbeihilfe aus. Der Ansatz für Abschreibungen und Wertberichtigungen beträgt 70,5 Millionen. Die Steuern von Einkommen, Ertrag und Vermögen steigen gegenüber 1951 um 35,3 Prozent und belaufen sich auf 8,5 Millionen, für Beiträge an Berufsvertretungen sind 370.000 Schilling - um 15,6 Prozent mehr - für außerordentliche Aufwendungen 800.000 Schilling, das sind um 9,6 Prozent weniger vorgesehen.

Auf der Ertragsseite sind bei den E-Werken für Strom und Grundgebühren 609,6 Millionen Schilling, um 50,3 Prozent mehr als 1951, prälininiert. Den Erfolgsplan 1952 wurde die Annahme zugrundegelegt, daß im Wirtschaftsjahr 1952 voraussichtlich 1.030 Millionen Kilowattstunden Strom bereitgestellt werden können, das ist um rund 9,6 Prozent mehr als in Erfolgsplan 1951 angenommen, beziehungsweise um 9,6 Prozent mehr als in abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1950 erreicht wurde. Dabei werden

voraussichtlich 803,9 Millionen Kilowattstunden abgabefähiger Strom für 1952 zur Verfügung stehen.

Bei den Gaswerken wurde für 320 Millionen Kubikmeter ein Ertrag von 260 Millionen Schilling zugrundegelegt. In der Produktionsweise des Leuchtgases ist wegen der Kohlenknappheit eine Änderung eingetreten, die aber eine ziemlich bedeutende Koksverknappung bewirkt. Beim Gaswerk werden zum Unterschied von 1951, wo mit 600.000 Tonnen Kohle gerechnet wurde, im Jahre 1952 nur 420.000 Tonnen zur Verfügung stehen. Damit erfährt auch der verkaufsfähige Koksanfall eine Verringerung von 381.000 Tonnen auf 299.000 Tonnen, was sich jetzt in den Wintermonaten besonders auswirkt.

Bei den Verkehrsbetrieben wird mit einem Erlös von 461,5 Millionen Schilling kalkuliert, was eine Steigerung von 34,9 Prozent bedeutet. Darin wirkt sich die im vergangenen August vorgenommene Tarifregulierung aus. Die Ansätze der Fahrgastanzahl erfahren eine Erhöhung auf 495 Millionen bei Straßenbahn und Stadtbahn, auf 28,8 Millionen beim Kraftfahrverkehrsbetrieb und sind mit 2,4 Millionen ungefähr gleich beim Obusbetrieb.

Die Ruhe- und Versorgungsgenüsse bei den Unternehmungen sind mit 290,5 Millionen präliminiert, was einer Steigerung von 20,2 Prozent gleichkommt. Dem Erfolgsplan 1952 wurden 17.607 Pensionisten gegenüber 17.075 im Erfolgsplan 1951 zugrundegelegt. Die Zahl der Pensionisten nähert sich also der Zahl der Aktiven.

Der Stadtrat kommt hierauf auf die Investitionen bei den Stadtwerken zu sprechen und teilt mit, daß hierfür bei den E-Werken 154,2 Millionen, bei den Gaswerken 78,5 Millionen und bei den Verkehrsbetrieben 142,8 Millionen vorgesehen sind.

Die Zukunftspläne der Verkehrsbetriebe

Das Sorgenkind der Stadtwerke bilden die Verkehrsbetriebe, bei denen die Kriegsschäden noch lange nicht behoben sind. Er habe schon in Vorjahr darauf hingewiesen, daß gegenüber dem Stand von 1937 bei den Straßenbahnen eine Differenz von 187 Triebwagen und 276 Beiwagen besteht. Bei einem Neuprogramm wird man

auch an die Neuanschaffung von Straßenbahnwagen, von Autobussen und Obussen denken müssen. Hierbei kommen nur Großraumwagen in Frage mit Fahrgastfluß und einem Sitzschaffner, wobei der maximale Fassungsraum der Wagen 100 bis 120 Personen nicht überschreiten soll. Bei der Verkehrsgestaltung wird es sich als zweckmäßig erweisen, den Verkehr im Zentrum nach wie vor mit Dieselaubussen zu besorgen und die Straßenbahn in den übrigen Stadtteilen insoweit aufrecht zu erhalten, als es mit der sonstigen Entwicklung der Verkehrslage in Einklang gebracht werden kann. Die Straßenbahn als das wirtschaftlichste Massenverkehrsmittel wird bei einer Wagenfolge von 1 bis 6 Minuten rationell sein, der Obus bei einer Wagenfolge von 6 bis 12 Minuten, während der Autobus neben der Ergänzung des Straßenbahnbetriebes in der Innenstadt auch im Außenverkehr bei einer Wagenfolge von über 12 Minuten die zweckmäßigste Betriebsart darstellt. Erst dann, wenn sich der Verkehr auf der Oberfläche mit Straßenbahnen, Autobussen und Obussen nicht mehr durchführen läßt, wird die unabdingbare Forderung aktuell, an den Bau einer Untergrundbahn zu schreiten. Eine solche U-Bahn auch in einer Zeit vorzubereiten, in der die Aussicht auf die Beschaffung der erforderlichen finanziellen Mittel noch unmöglich erscheint, muß weiterhin unsere Aufgabe bleiben. Wenn Städte wie Zürich, Mailand, Rom und Stockholm an die Realisierung derartiger Projekte ernsthaft denken, dann kann das größere Wien sicher auf die Dauer nicht abseits stehen und den Kopf in den Sand stecken.

Der Referent beschäftigt sich hierauf mit dem Bremseinrichtungen bei den Straßenbahnen und erklärt, daß, obwohl die elektrische Kurzschlußbremse und eine Handbremse als genügend angesehen werden kann, in einem mehrjährigen Programm sämtliche Motor- und Beiwagen mit magnetischen Schienenbremsen ausgerüstet werden sollen. Zunächst wird bei Probefahrten festgestellt werden, welche der neuen Typen sich als die beste bewährt.

Bei der Stadtbahn werden noch im Laufe des Jahres 1952 sämtliche Haltestellen mit Ausnahme des Schwedenplatzes wieder instandgesetzt sein.

Von den übrigen Unternehmen der Gemeinde Wien schließen die Bestattung und die Gewista mit einem Gebarungüberschuß ab, während das Brauhaus der Stadt Wien einen Verlust von 1,6 Millionen ausweist. Die Bierpreise sind heute keineswegs kostendeckend.

Abschließend dankt Stadtrat Mathschläger der gesamten Belegschaft der Stadtwerke für ihre überragenden Leistungen und knüpft daran die Bitte, auch weiterhin auf dem Posten zu stehen und ihre Pflicht zu erfüllen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) Wir haben bei den Stadtwerken keinen Rückschlag erlitten, sondern eher unseren Weg nach aufwärts festgesetzt. Freilich könnte diese Entwicklung noch begünstigt werden, wenn den Städtischen Unternehmungen in dem gesamten Konzept der Stadtverwaltung die Förderung zuteil würde, die sie verdienen. Die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, sind in Europa überall im Vernarben begriffen, und wir müssen im Ausland Tatbestände konstatieren, die uns sehr oft mit Neid erfüllen. Unser Land leidet zwar unter der Besetzung, es wäre aber nicht entschuldbar, wenn wir uns nicht entschuldbar, wenn wir uns **nicht rechtzeitig entschließen würden, durch eine entsprechende Koordinierung unsere Kräfte zu vervielfachen, um damit die Bedürfnisse unserer Bevölkerung sicherzustellen.** In diesem Sinne bitte er um die Genehmigung der vorgelegten Wirtschaftspläne. (Lebhafter Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Wicha (WdU), der erste Debattenredner, erklärt, das Defizit der Verkehrsbetriebe sei lediglich auf die Tatsache zurückzuführen, daß alle Investitionen aus laufenden Einnahmen bezahlt werden. Nach der Meinung der Bevölkerung werden die Verkehrsbetriebe nach dem System "schlecht und teuer" geführt. Die Straßenbahnwagen weisen eine derartige Überfüllung auf, die nicht mehr überboten werden kann. Durch diese Überfüllung seien nicht nur die Fahrgäste gefährdet, sondern es müßten darüber hinaus auch ihre Kleider Schaden leiden. Jeder Fahrer eines Kraftwagens werde bei Überfüllung seines Fahrzeuges zur Verantwortung gezogen, bei der Überfüllung der Straßenbahn kümmere sich die Aufsichtsbehörde in keiner Weise.

In Zeiten schwächeren Verkehrs verlängere man sofort die Intervalle oder hänge die Beiwagen einfach ab, sodaß auf alle Fälle der beängstigende Zustand der Überfüllung der Wagen wieder hergestellt ist. In diesen überfüllten Wagen habe ein Schaffner bei der Gefahr eines Unglückes auch gar nicht die Möglichkeit, die Bremsen rechtzeitig zu erreichen. Die neu eingestellten Triebwagen entsprächen den Anforderungen und hätten bei der Bevölkerung Anklang gefunden, Sie sollten daher in rascherem Tempo in Betrieb gesetzt werden. Für eine Großstadt bedeute es eine Unmöglichkeit, daß um 1/4 1 Uhr die öffentlichen Verkehrsmittel ihren Betrieb einstellen. Sehr beunruhigend sei die Mitteilung des Stadtrates gewesen, daß auch die letzte Erhöhung des Straßenbahntarifs nicht in der Lage war, das Defizit zu beseitigen. Wenn die Investitionen nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt würden, könnte das Defizit zum Verschwinden gebracht werden; dann könnten sich sogar die Städtischen Unternehmungen an die Spitze der Preissenkungen stellen.

Bei der Umstellung von Gleichstrom auf Drehstrom werde den Bewohnern der betroffenen Gebiete für ihre elektrischen Geräte eine absolut unzulängliche Entschädigung geboten. Ein Gewerbetreibender oder Zahnarzt müsse für die Umstellung seines Elektromotors 10.000 bis 15.000 Schilling bezahlen. Ebenso müßten die Staubsauger, Radioapparate usw. umgebaut werden. Die Gemeinde refundiere jedoch lediglich den Preis für die Umschaltung eines halben Bügel Eisens und einiger Glühlampen.

Der Redner ersucht den Stadtrat um Auskunft, ob seine Informationen auf Richtigkeit beruhen, daß derzeit probeweise die Ablesung von Gas und elektrischen Licht in einen durchgeführt werde und daß man sich mit dem Plan trage, bei der gemeinsamen Ablesung die Lichtrechnung sofort einzuheben, während die Gasrechnung nachträglich mit Erlagschein beglichen werden könne.

Das Brauhaus der Stadt Wien schließe neuerlich mit einem Verlust von 1,6 Millionen ab. Dieses Defizit lege die Frage nahe, ob die Fortführung des städtischen Brauhauses überhaupt noch verantwortet werden könne. Viele Wiener Antialkoholiker

könnten es nicht verstehen, daß ihre Steuergelder für die Herstellung von Bier verwendet werden. Er stelle daher den Antrag, das Brauhaus der Stadt Wien solle seine bisherigen Produktionszweige völlig aufgeben und sich höchstens auf die Erzeugung von alkoholfreien Getränken, insbesondere von alkoholfreien Süßmost umstellen.

Die Unabhängigen werden für die Ansätze des Kapitels Städtische Unternehmungen stimmen.

GR.Dr. Soswinski meint, wenn die Stadtwerke die 47 Millionen Schilling, die sie an die Gemeindeverwaltung abführen müssen, im Jahre 1952 nicht zu bezahlen hätten, so hätten sie keinen Abgang, sondern einen Überschuß von 30 Millionen Schilling. Es gehe auch nicht an, die Finanzierung von Investitionen aus der laufenden Gebarung vorzunehmen. Die Rückstellungen an den Pensionsfonds bedeuten praktisch zusätzliche Abschreibungen. Die Gemeinde habe damit von einem Recht Gebrauch gemacht, daß keinen anderen Wirtschaftsunternehmen in Österreich zustehe. Aus dem Titel der Gebrauchsgebühren habe die Gemeinde Wien für die drei Stadtwerke in den Jahren 1950 bis 1952 die Summe von 116 Millionen Schilling vereinnahmt. Es könne nicht Aufgabe der Wiener Stadtwerke sein, der Gemeindekasse die Möglichkeit zu schaffen, einen so hohen Betrag zu entnehmen.

Der Redner beantragt die Annahme von drei Resolutionen, von denen die erste feststellt, daß auch nach dem Grundsatz der Kostendeckung die zuletzt bei Gas, Strom und Straßenbahn vorgenommenen Tarifierhöhungen wirtschaftlich nicht nötig waren. Der verantwortliche Stadtrat solle aufgefordert werden, die Tarife überprüfen zu lassen und dafür zu sorgen, daß noch im Jänner 1952 entsprechende Anträge auf Herabsetzung der Tarife vorgelegt werden. Insbesondere wäre es wirtschaftlich gerechtfertigt, den Tarif des Straßenbahnfahrscheines von 1,30 S auf 1 S zurückzuführen.

In einem zweiten Antrag werden neue Fahrpreismäßigungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen gefordert. Insbesondere sollte eine Wochenkarte mit Gültigkeit an fünf Werktagen eingeführt werden.

Auch die berechtigten Forderungen und Wünsche der Invaliden, Studenten, Sportler und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungskursen sollten Berücksichtigung finden.

Ein dritter Antrag empfiehlt die völlige Freifahrt für Erblindete ohne weitere Erhebungen über ihre Einkommensverhältnisse.

Bei den Gaswerken bemängelt der Redner die zu geringen für Investitionen zur Verfügung gestellten Mittel. Man sollte sich endlich mit der Frage beschäftigen, die Kokserzeugung auf ein Minimum einzuschränken und andere Materialien wie beispielsweise Öle zur Verbrennung zu bringen. Auch die Verwendung von Erdgas sollte erweitert werden. Insgesamt fehle bei den Gaswerken ein umfassender Plan.

Wenn sich die Umstellung auf Drehstrom weiter in dem Tempo vollziehe, in dem sie sich im Budget abzeichne, scheine dies ein Unternehmen auf Ewigkeitsdauer zu werden. Die Gemeinde sollte doch mehr dazu tun, solche entscheidende Dinge rascher vorwärts zu treiben.

So notwendig auch ein weiterer Ausbau des Simmeringer kalorischen Kraftwerkes sei, so entscheidend sei die Frage der Errichtung von großen Wasserkraftwerken, die die Stadt Wien beliefern. Es wäre jedenfalls praktischer, solche Werke statt am Inn an der Donau anzulegen. Man beschäftige sich jedoch nicht mehr ernsthaft mit dem Projekt Ybbs-Persenbeug, obwohl der Errichtung dieses Werkes nunmehr keine Hindernisse mehr im Weg liegen. (GR. Sigmund (SPÖ): Außer daß es gar nicht zurückgegeben ist!) Man vermeide es offenbar, zu einem Ergebnis zu kommen. In dem Augenblick, in dem man es mit einer sowjetischen Stelle zu tun habe, stelle man sich von österreichischer Seite auf den Standpunkt: "Machen wir lieber nichts!" Mit einem solchen Standpunkt könne man jedoch nicht in die Verhandlungen eintreten. (GR. Dipl. Ing. Witzmann (SPÖ): Ich kenne solche Verhandlungen. Ich weiß, wie man da hingehalten wird! Das ist so wie beim Staatsvertrag!)

Der Redner bespricht dann die Frage der Sicherheit und der Unfälle bei den Verkehrsbetrieben. Er wendet sich dagegen, daß die Schuld immer auf die Bediensteten geschoben wird, und macht zum Teil die Übermüdung des Personals für Unfälle verantwortlich. Er führt ein Beispiel an, nach dem ein Fahrer, der um 23.43 Uhr dienstfrei war, um 6.11 Uhr wieder auf den Wagen gestellt wurde. 3 Millionen Schilling sind in diesem Budget für die Umstellung von Hand-

bremsen auf automatische Schienenbremsen vorgesehen. Ein Beweis dafür, daß die Bremsen nicht ausreichend waren. Den Rückgang bei der Zahl der Fahrgäste, führt der Redner auf die schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zurück.

Besonders kritisiert Dr. Soswinski, daß Pläne aufgestellt werden, die man dann nicht durchführt. Er führt einige Beispiele an, wie die 118er-Schleife, sowie die Verlegung der Gleise in die Mitte der Heiligenstädter Straße. Abschließend stellt er fest, die Wiener Bevölkerung verlangt, daß die Unternehmungen keine Profite abwerfen und soziale Tarife erstellen. Solange solche soziale Tarife nicht gewährleistet werden, könne seine Fraktion den Wirtschaftsplänen nicht die Zustimmung geben.

GR. Ing. Rieger (ÖVP) sagt, daß der kommunistische Redner versucht hat, nachzuweisen, daß die Ansätze für das Budget immer nur Versprechungen beinhalten und im Laufe des Jahres nicht eingehalten werden. Er hat aber nur Posten herausgegriffen, die von vollkommen untergeordneter Bedeutung sind. Die gesamten Investitionsvorhaben der Unternehmungen gehen jedoch in die hunderte Millionen. Dr. Soswinski hat scheinbar das bisher Erreichte übersehen, nämlich daß seit 1945 bis Ende 1951 in den drei Unternehmungen der Stadtwerke 755 Millionen investiert wurden. Das spricht jedenfalls für die Verwaltung dieser Gruppe.

Der Redner führt dann im einzelnen an, was seit 1945 geleistet wurde. Bei den Gaswerken wurden neue Kammerofen in Leopoldau und Simmering um einen Betrag von 20.6 Millionen errichtet, daneben neue Gasbehälter für Generatorgas, verschiedene Instandsetzungen an den Gasbehältern usw. Daneben sind neue technische Einrichtungen zu erwähnen, wie z.B. die elektrische Entleerungsanlage. Phthalsäureanhydridanlage, die einen wichtigen Rohstoff für die Lackherstellung herstellt und die Gerbstoffgewinnungsanlage. Außerdem hob der Redner die Instandsetzung des Rohrnetzes hervor.

Die E-Werke haben im Kraftwerk Simmering zwei neue Hochdruckkessel aufgestellt und zwei neue Turbosätze bereits in Betrieb genommen. So ein Kessel kostet 16 Millionen Schilling, ein Turbosatz 30 Millionen. Daraus kann man ersehen, was in diesen Werken geschieht. All das ist nicht ziel- und planlos geschehen.

Man hat sich vielmehr den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt. Die neuen Kesselanlagen sind für die schlechtesten inländischen Kohlen verwendbar, ebenso für Erdgas und Öl voll betriebsfähig.

Das Werk Engerthstraße ist bei dem großen Ausbau von Simmering etwas zu kurz gekommen, aber immerhin wurden seine Anlagen ökonomisiert.

Der große Plan, den elektrischen Ring um Wien zu schließen, ist fast zur Gänze erreicht. Das Umspannwerk Süd und Nord wurden ausgebaut, 70 Millionen Schilling allein für das Leitungsnetz investiert.

Auch bei den Verkehrsbetrieben wurde Wesentliches geschaffen. Unter dem Beifall der Volkspartei hob der Redner die Bedeutung der Hauptwerkstätte hervor, die ganz Großes besonders in den ersten Jahren nach dem Krieg geleistet hat. Es wurde dann der Ankauf billiger amerikanischer Triebwagen durchgeführt, 42 Stück, die sich bestens im Verkehr bewährten. Der Preis war äußerst günstig, ein Wagen hat 190.000 Schilling gekostet, während neue vierachsige Triebwagen 750.000 bis 800.000 Schilling kosten. Ebenso sind bereits fast alle Triebwagen der neuen österreichischen Produktion ausgeliefert und 30 Millionen Schilling dafür ausgegeben worden. Dazu kommen noch Erneuerungen des Wagenparkes, Anschaffungen für verschiedene Autobustypen und Gleiserneuerungen.

Der Redner führte weiter aus, er müsse leider eines feststellen, daß Stadtrat Dkfm. Nathschläger in seiner großen Bescheidenheit der Bevölkerung diese Leistungen in seiner Verwaltungsgruppe nicht genügend bekanntgemacht hat. In seiner Verwaltungsgruppe wurden keine offiziellen Eröffnungen oder Inbetriebsetzungen durchgeführt. Daran könne man wirklich von einer großen Bescheidenheit sprechen. Dabei hätte es Stadtrat Nathschläger leicht gehabt. Er hätte keinen Dank an den Finanzreferenten bei solchen Feiern abtatten müssen, da Stadtrat Resch keine Mittel für den Aufbau der städtischen Betriebe zur Verfügung gestellt hat. Stadtrat Nathschläger wird seine Bescheidenheit ablegen müssen und auch die Bevölkerung an den Leistungen seiner Verwaltungsgruppe teilnehmen lassen.

Redner wendet sich besonders gegen die Gebrauchsgebühren, durch die den Stadtwerken Millionen entzogen werden. Um diese

Summen könnte man 100 neue Dreiwagenzüge oder 85 Großraumzweiwagenzüge bauen. Dies zeigt, wie sehr durch die Gebrauchsgebühren die Investitionen der Stadtwerke geschmälert werden.

• Der Jahresumsatz der drei Unternehmungen beträgt 1,7 Milliarden Schilling, das sind zwei Drittel des Budgets der Hoheitsverwaltung. Hier zeigt sich wieder die große wirtschaftliche Bedeutung der Städtischen Unternehmungen.

Zu den Ausführungen von Dr. Soswinski weist der Redner nach, daß die Budgetposten wirklich einwandfrei erstellt wurden. Es kann natürlich vorkommen, daß Projekt in Laufe der Zeit revidiert werden müssen.

(GR. Helene Potetz übernimmt den Vorsitz.)

Ing. Rieger bespricht dann die Wirtschaftspläne der Unternehmungen in einzelnen. Er regt Studien zum Bau eines Donaukraftwerkes an, ferner die Schaffung von kleineren Fernheizkraftwerken. Er bedauert, daß die Investitionen der Straßenbahn in so großem Ausmaß gesperrt sind. Von 142 Millionen sind nur 90 Millionen genehmigt.

In Zusammenhang mit den Unfällen der letzten Zeit richtet der Redner die Bitte an die Presse, Verkehrsunfälle nicht zu Sensationen auszubauen.

Der Redner fuhr fort, daß sich die Straßenbahnen bemühen, ständig Abhilfe zu schaffen. Es ist klar, daß eine zweite, dritte oder vierte Breitse mehr Betriebssicherheit geben. Deshalb will man jetzt auch versuchen, eine Schienenbreite einzubauen.

Redner erneuert ferner seinen Wunsch, Floridsdorf an das Stadtbahnnetz anzuschließen, wie er schon in vielen Budgetdebatten gesagt hat. Ferner verlangt er die Einführung des Schnellverkehrs auf der Stadtbahn sowie die Festlegung der U-Bahntrassen.

Abschließend stellt GR. Ing. Rieger fest, er glaube nachgewiesen zu haben, daß das Budget der Stadtwerke von einem tiefen Ernst für die weitere Entwicklung getragen ist. Er sei überzeugt, daß 1952 ein weiterer Schritt zur wirtschaftlichen und technischen Ausgestaltung der Unternehmungen getan werde. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Adelpoller erwidert auf die Ausführungen des GR. Wicha, der die hohen Preise und die Überfüllung bei der Straßenbahn kritisierte, daß sich die Unzufriedenheit, auch der Bevölkerung, gegen die Partei richtet, der der Herr Wicha in Wirklichkeit angehört, weil diese wenigstens zum Teil die Schuld daran trägt, daß während des Krieges und am Ende des Krieges eine Unmenge von Straßenbahnwagen verloren ging. (GR. Wicha: Das werdet Ihr noch in 50 Jahren sagen!) In 50 Jahren wird das nicht so sein, denn aus dem Budget geht hervor, daß wir das Verlorene ersetzen, so daß wir wenigstens in einigen Jahren soweit sein werden, daß - abgesehen von den Verkehrsspitzen - jeder bequem sitzen kann. Im übrigen ist keine Stadt der Welt imstande, zur Zeit der Verkehrsspitzen so viele Züge einzustellen, daß alle bequem sitzen können.

Gas, Strom und Straßenbahn könnten sogar umsonst sein, wenn man das Geld hierfür durch Steuern aufbringen würde. Es soll aber der Benutzer hierfür bezahlen. Der Betrieb muß sich selbst erhalten. Dazu gehören auch die Investitionen und die Fortsetzung ihres Ausbaues nach dem jeweiligen Stand der Technik.

Die Aufsichtsbehörde überprüft ständig die Betriebseinrichtungen der Verkehrsbetriebe. Es würde wahrscheinlich viel mehr geschehen, wenn die Leitung dieser Betriebe im Verein mit der Aufsichtsbehörde nicht ständig nach dem Rechten sehen würde. Das ist keine Sektatur, sondern Pflichterfüllung der Aufsichtsorgane.

Preissenkungen bei den Städtischen Unternehmungen können nicht vorgenommen werden, weil die Preise zuerst nicht übermäßig erhöht wurden. Bei den anderen Zweigen der Wirtschaft sind die Preise zuerst übermäßig hinaufgegangen und jetzt wird ein Teil dessen nachgelassen. Die Straßenbahnfahrpreise sind ungefähr viermal so hoch wie vor dem Krieg, Gas ungefähr viermal, Elektrizität nur 1,5 mal so teuer wie 1938. Dagegen haben die Kosten das Sieben- bis Fünfzehnfache jener von 1938 erreicht, die Kohle kostet sogar das Zwanzigfache. Daraus ist zu ersehen, daß die Tarife in so bescheidenem Ausmaß erhöht wurden, daß es nicht möglich ist, sie jetzt zu senken.

In Wien ist noch zu 40 Prozent Gleichstrom eingerichtet, und man geht nun daran, das Stromnetz sukzessive auf Wechselstrom umzustellen. Wegen der großen Investitionserfordernisse kann das nicht auf einmal durchgeführt werden, es ist aber damit zu rechnen, daß die Aktion in zehn Jahren abgeschlossen sein wird. Dabei wird auch auf die Besitzer der Apparate Rücksicht genommen und rund 1 Million wieder als Entschädigung ausgegeben.

Auch die Umstellung des Gaswerkes auf Erdgas wären unsere Techniker durchzuführen instande. Aber man weiß nicht, wieviel Erdgas in unserer Erde ist, weil unsere Geologen keinen Zutritt haben. Verhandlungen mit der Erdgasgesellschaft haben zu einem Vertrag für 700.000 Kubikmeter geführt, de facto haben wir aber nicht einmal 500.000 Kubikmeter Erdgas bekommen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Erdgasgesellschaft den Preis verdoppelt hat, von 6,6 Millionen auf 13,4 Millionen Schilling, obwohl überhaupt keine Investitionen bei den Erdgasanlagen getätigt werden. Seit Sommer strömt Gas überhaupt aus, weil nicht die nötigen Rohrleitungen gelegt werden.

Wenn sich die Oppositionsredner gegen die Höhe der Gebühren und der Investitionen wenden, so ist darauf hinzuweisen, daß diese viel gelästerten Profite doch nicht in die Taschen eines Privaten fließen, sondern der Gemeinde zukommen, die aus den Bürgern besteht. Es geht nichts verloren. Man könnte höchstens eine unzweckmäßige Verwendung kritisieren, doch das hat niemand getan.

GR.Adelpoller repliziert sodann auf eine von NR.Dipl.Ing. Hartmann in Nationalrat gehaltenen Rede und erklärt: Wenn NR.Hartmann auf den Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde Wien verwies und meinte, daß selbst dieser größte Landwirt ein Defizit aufweise, dann ist darauf zu verweisen, daß dieser Betrieb nicht in der Lage war, auch nur ein Gramm seiner Produkte in Schleichhandel abzusetzen. Es stimmt auch nicht, daß dieser Betrieb keine Steuern zahlt; aus den Aufzeichnungen, die jeder einsehen kann, geht hervor, daß rund 152.000 Schilling an Grundsteuer und 354 Millionen Umsatzsteuer bezahlt wurden.

Das Personal der Städtischen Unternehmungen mußte nach 1945 vergrößert werden, weil nach 1945 keine Firma Reparaturen dieser Unternehmungen übernommen hat. Man muß auch bedenken, daß mit 495 Millionen Fahrgästen gerechnet wird. Die Investitionen bei diesen Betrieben sind schon deswegen notwendig, weil Fahrzeuge und Schienen zum Großteil schon 40 Jahre dienen. Es muß auch getrachtet werden, die Linie 66 bis zum Jaures-Hof zu verlängern, weil dort eine Reihe von neuen Siedlungen errichtet wurden. Da immer mehr am Stadtrand gebaut werden muß, muß der Verkehr auch an diese Menschen herangebracht werden.

Wien benötigt 1.030 Millionen Kilowattstunden Strom. Davon erzeugt das E-Werk 439 Millionen (46,2 Prozent) aus Dampfkraft, 85 Millionen (8,2 Prozent) aus Wasserkraft und 506 Millionen (49,2 Prozent) werden von fremden Werken bezogen. Die Elektrizitätswerke haben schon längst ein Projekt für eine Anlage in Fischamend ausgearbeitet, das würde aber 3 bis 4 Milliarden Schilling kosten, die nicht aufgebracht werden können. Die Übergabe von Ybbs-Persenbeug wurde noch nicht schriftlich gegeben, und nach den Erfahrungen mit den Deutschen-Eigentum muß man sich gut überlegen, in dieses Werk noch ungefähr 1,5 Milliarden Schilling zu investieren. Wir werden nie dahin kommen, kalorischen Strom zu erzeugen, selbst wenn alle Wasserkräfte in Österreich ausgebaut sein werden.

Die Gaswerke sollen im kommenden Jahr 320 Millionen Kubikmeter Gas erzeugen, wofür freilich 52 Prozent amerikanische Kohle notwendig sein werden. Österreich hat den Handelsvertrag mit der CSR eingehalten, nicht aber die CSR. Es hat sich aber in der letzten Zeit gebessert.

Schließlich beschäftigt sich der Redner mit den Bestattungsunternehmungen und verweist darauf, daß ihre Kommunalisierung seit 44 Jahren angestrebt und nun endlich bis auf drei erreicht wurde. Die Städtische Bestattung ist der einzige Betrieb in Österreich, der dieselben Tarife wie 1937 hat, und es wird in Zukunft kein Geschäft mehr mit den Toten gemacht werden.

Die Sozialisten sind bestrebt, alle städtischen Betriebe in die Stadtwerke mit einzubeziehen und unter einer Generaldirektion zu vereinigen, um wirklich wirtschaftlich arbeiten zu können, der Bevölkerung eine Erleichterung zu bringen und die Vollbeschäftigung aufrecht erhalten zu helfen. Die Sozialisten werden für die Ansätze dieser Gruppe stimmen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Dkfm. Nathschläger beschäftigt sich in seinem Schlußwort mit der vom GR. Wicha geübten Kritik an den Verkehrsbetrieben und vertritt die Meinung, daß sie gut geführt werden. Das Abhängen von Beiwagen ist eine wirtschaftliche Maßnahme, da eine gewisse Besetzung der Fahrzeuge jederzeit erreicht werden muß. Die vorhandenen Gepäcknetze werden von den Fahrgästen sehr wenig benützt, außerdem sind nirgends Gepäcknetze entfernt worden. Wollten wir statt der Linie 13 einen Obusverkehr einrichten, wären dafür ungefähr 40 Obusse notwendig, das würde nicht nur eine große Ausgabe verursachen, sondern auch Schwierigkeiten mit der Oberleitung ergeben. Der Verkehr wickelt sich bei uns im Vergleich zum Ausland sehr langsam ab, und es muß eine entsprechende Anpassung vorgenommen werden. Auch hinsichtlich einer eventuellen Verlängerung der Betriebszeiten muß von wirtschaftlichen Erwägungen ausgegangen werden, man kann nicht beispielsweise den Betriebs-schluß verlängern, wenn Kontrollen erwiesen haben, daß die Frequenz dann außerordentlich gering ist.

Die Straßenbahnen haben keine kostendeckenden Tarife, und es ist daher unmöglich, bei den Verkehrsbetrieben Preissenkungen vorzunehmen.

Die versuchsweise gleichzeitige Verrechnung von Strom und Gas wurde in zwei Bezirken eingeführt, wobei es sich nicht um Vorauszahlungen sondern um á conto Zahlungen handelt, da sonst Gas- und E-Werke vier Monate ohne Einnahmen wären.

Den Antrag des GR. Wicha auf Umstellung des Brauhauses zur Erzeugung alkoholfreier Getränke empfiehlt Stadtrat Nathschläger zur Ablehnung, da es mehr als genug solcher Betriebe in der Privatwirtschaft gibt.

Bezüglich Ybbs-Persenbeug wurde zwar seinerzeit eine mündliche Erklärung seitens des stellvertretenden sowjetischen Hochkommissars abgegeben, daß die russische Besatzungsmacht die Anlagen den Österreichern zurückgegeben und der Errichtung des Kraft-

werkes kein Hindernis entgegenstände, der Ministerrat habe aber seiner Meinung Ausdruck gegeben, daß diese Mitteilung schriftlich fixiert werden sollte. Eine solche schriftliche Zusicherung sei jedenfalls bisher nicht erfolgt.

Zu der bedauerlichen Häufung von Straßenbahnunfällen in den letzten Monaten erklärt der Stadtrat, es wäre selbstverständlich zu erwarten, daß solche Unfälle nicht politisch ausgewertet werden sollten. Er habe auch aus diesem Anlaß, da die Presse eine beunruhigende Haltung eingenommen habe, eine Pressekonferenz einberufen, an der die Reporter aller Tageszeitungen teilgenommen haben. Alle Vertreter der Wiener Presse hätten die Darlegungen der Techniker und Fachleute zur Kenntnis genommen und in diesem Sinne auch in ihren Zeitungen geschrieben. Nur die Vertreter der Linkspresse hätten dies nicht getan.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger führt dann jene Maßnahmen an, die von Seiten der Verkehrsbetriebe im Zusammenhang mit diesen Unfällen getroffen wurden. Diese Maßnahmen sind: Nachschulung des gesamten Fahrerstandes, Durchführung von psychotechnischen Eignungsprüfungen mit periodisch wiederkehrenden Wiederholungsprüfungen, Überprüfung der Fahrerschulung, Adaptierung von besonders eingerichteten Schulungswagen, Einbau einer Vorerregung für die elektrische Bremse in den Triebwagen sowie Ausstattung aller Züge mit Schienenbremsen. Die psychotechnische Eignungsprüfung soll binnen 6 Monaten durchführbar sein, die Ausstattung aller Wagen mit einer zusätzlichen Schienenbremse wird innerhalb von drei Jahren abgeschlossen sein.

Zum Beweis dafür, wie überaltert unser Wagenpark bei den Straßenbahnen ist, erwähnt der Stadtrat, daß nur 499 Triebwagen und 621 Beiwagen nach dem Jahre 1918 angeschafft worden sind. Der Prozentsatz der nach 1918 gebauten Wagen beträgt somit bei den Triebwagen 33,3 und bei den Beiwagen 39 Prozent, somit im Durchschnitt 36,2 Prozent. Das bedeutet, daß etwa zwei Drittel des gesamten Wagenparks bei den Verkehrsbetrieben älter als 33 Jahre sind.

Abschließend erklärt Stadtrat Nathschläger, er sei außerordentlich glücklich, daß er gerade im Rahmen der Unternehmungen der Stadt Wien arbeiten könne.

Er sei sehr gerne dabei und werde auch in Zukunft trachten, mit seinen Mitarbeitern das Beste für die Wiener Bevölkerung herauszuholen. Er wolle allen seinen Mitarbeitern von den Direktoren bis zu den Hilfsarbeitern und ebenso den Gemeinderäten herzlich für die in Jahre 1951 geleistete Arbeit danken und gleichzeitig das Versprechen geben, daß er auch in neuen Jahre emsig und fleißig bei der Arbeit sein werde. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Finanzpläne der Wiener Stadtwerke gegen die Stimmen des Linksblocks angenommen. Die von Dr. Soswinski und GR. Wicha gestellten Anträge verfallen der Ablehnung.

Vorsitzende GR. Helene Potetz verkündet hierauf, daß damit die Budgetdebatte beendet ist.

Die Anträge zu den Postnummern 61 bis 86 werden ohne Debatte angenommen.

Als nächstes werden vier Vertrauensmänner und vier Ersatzmänner der SPÖ für das Gemeindevermittlungsausschuss des 17. Bezirkes gewählt, da die bisherigen ihr Mandat zurückgelegt haben.

Über die Neufestsetzung der Tarife für die ambulatorische Behandlung von Krankenkassennmitgliedern in den Wiener städtischen Krankenanstalten referiert GR. Heigelnayr (SPÖ). Er stellt den Antrag, die mit den Krankenkassen vereinbarten Tarife zu genehmigen.

Bürgermeister Jonas übernimmt den Vorsitz.

In der Debatte spricht GR. Lauscher (LBl.), der die Tarife als neuerliche empfindliche Belastung ablehnt.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Stadtrat Fritsch (SPÖ) referiert über den Beitrag für die Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien, der befristet in der Höhe von 4,2 Prozent eingehoben wird. Er stellte den Antrag, den Beitrag weiter in der gleichen Höhe bis 31. Dezember 1952 einzuheben.

Zum Wort hatte sich GR.Dr. Altmann (LBl.) gemeldet, der jedoch nicht in Saal anwesend war.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen.

Über die Hebesätze der Grundsteuer und Gewerbesteuer für das Jahr 1952 referierte Stadtrat Resch. Er stellte den Antrag, die Hebesätze mit 400 v.H. festzusetzen.

GR.Dr. Soswinski (LBl.) stellt in der Debatte den Antrag, daß in allen Fällen, in denen die Erhöhung Klein- und Kleinbesitzer trifft, für eine Rückzahlung der Erhöhungsbeträge oder mindestens eines Teiles dieser Beträge vorgesorgt wird.

Stadtrat Resch sagt in seinem Schlußwort, er sei nicht in der Lage, die gesetzlichen Möglichkeiten der Durchführung dieses Beschlusses sofort zu prüfen und bittet den Antrag der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen, der Antrag des Linksblockes der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. Mühlhauser (ÖVP) referiert über den nächsten Punkt, nach dem die Gemeinde Wien die Zustimmung geben solle, daß das der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft Alt-Glanzing aus Mitteln des Wohnhauswiederaufbaufonds bewilligte Darlehen grundbücherlich sichergestellt wird.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Frieda Nödl (SPÖ) referiert Subventionen für kulturell tätige Vereine und Gesellschaften in der Höhe von insgesamt 126.500 Schilling.

GR.Dr. Matejka (LBl.) wendet sich in der Debatte gegen die in der Subventionsliste aufgenommene Gesellschaft für Freiheit der Kultur, weil sie eine Institution ist, der die größten Kriegshetzer angehören. Er ersucht um getrennte Abstimmung.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) stellt den Antrag, dem Schubertbund und dem Männergesangsverein, die in der Liste nicht enthalten sind, Subventionen in der Höhe von je 10.000 Schilling zu gewähren. Sie stellt ferner einen Antrag, der Turn- und Sportunion, die gegenüber den ASKÖ benachteiligt wäre, eine Subvention von 20.000 Schilling zu gewähren.

GR. Nödl erklärt in ihrem Schlußwort, daß die von Dr. Matejka angegriffene Vereinigung alle jungen Kräfte in Österreich zusammenfaßt, die dazu angetan sind, wirkliche Begabungen zu fördern. Zu den Anträgen von GR. Hiltl sagt sie, daß Schubertbund und Männergesangsverein keine Subvention bekommen können, weil diese nicht für deren Tätigkeit in der Heimat sondern für eine Reise im Ausland verlangt wird. Der zweite Antrag der Debattenrednerin gehöre nicht hierher und sie bitte ihn, abzulehnen.

Bei der Abstimmung wird die Subventionsliste ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen, die Anträge der GR. Hiltl abgelehnt.

Nun referiert Stadtrat Thaller über eine Reihe von Tagesordnungspunkten die sämtlich ohne Wortmeldung einstimmig angenommen werden. Es handelt sich um die Genehmigung der Bauarbeiten für die Regulierung des Liesingbaches im Baulos "Schwarze Haide"; ferner um die Erbauung eines Wohnhauses in Himberg mit 24 Wohnungen; dann um die Ergänzung des Wohnbauprogrammes 1952 durch 10 Baustellen, die sich im 3., 6., 9., 13., 16., 17., 19. und 25. Bezirk befinden; endlich die Genehmigung eines Übereinkommens zwischen dem Verkehrsministerium und der Stadt Wien betreffend die Auflassung der Preßburger Bahn von Kilometer 0 bis 11.7.

GR. Helene Potdz (SPÖ) referiert einen Antrag über die Herstellung von Grünanlagen auf Bundesgrund vor dem neuen Westbahnhof auf Rechnung des Bundes. Dafür wird ein Sachkredit von 125.000 S genehmigt.

Auch dieses Geschäftsstück wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Wiedermann (SPÖ) referiert über die neuen Tarife für Krankenkassenmitglieder in der Kurabteilung des Amalienbades. Die neuen Tarife sehen eine Erhöhung von 30 Prozent vom 1. August bis 30. September 1951 und ab 1. Oktober dieses Jahres eine Erhöhung um 40 Prozent vor.

GR. Lauscher (LBl.) lehnt dieser Erhöhungen im Namen seiner Fraktion ab.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Der Antrag wird ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen.

Eine Trauerkundgebung des Gemeinderates

Bürgermeister Jonas erklärt, er habe dem Gemeinderat die betrübliche Mitteilung zu machen, daß heute abend der Bezirksvorsteher des 22. Bezirkes Horacek nach dem Besuch einer Weihnachtsfeier einen Unfall mit seinem Dienstwagen erlitten hat. Der städtische Fahrer Tappert ist dabei getötet worden. (Die Mitglieder des Gemeinderates erheben sich von ihren Sitzen.) Bezirksvorsteher Horacek liegt mit einer schweren Kopfverletzung im Floridsdorfer Krankenhaus. Der Bürgermeister erklärt, er sei der Zustimmung des Gemeinderates sicher, wenn er der Witwe des städtischen Fahrers Tappert das Beileid des Gemeinderates aussprechen lasse und dem Bezirksvorsteher Horacek die Wünsche des Gemeinderates zu seiner Genesung übermittle.

Debatte über den Stephansdom

Hierauf wird ein von den ÖVP-Gemeinderäten Dr. Freytag und Genossen eingebrachter Antrag zur Verlesung gebracht, der die Bereitstellung eines Betrages von 1 Million Schilling verlangt, um den Stephansdom im alten Glanze erstehen zu lassen.

Nach der Begründung des Antragstellers wird diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt.

GR. Dr. Freytag führt in der Begründung seines Antrages aus, es handle sich beim Stephansdom um eine Herzenssache aller Wiener. Als 1945 Tod, Verderben und Vernichtung über unsere Stadt kam, ging dieses alte ehrwürdige Wahrzeichen Wiens in Flammen auf. Als die Gluten erloschen waren, sind die Wiener ehrlich ergriffen zu jener Stätte gewandelt, und es bot sich ihnen ein grausiges Bild sinnloser Zerstörung. Mancher war tief ergriffen und weinte an dieser Stelle. Als die ersten Möglichkeiten des Wiederaufbaues geboten waren, fanden sich bereitwillig viele hunderte Menschen unserer Stadt ein, um mitzuhelfen. Die Aufrufe zu Spenden fanden reichlichen Widerhall bei der Bevölkerung, bei öffentlichen Stellen und auch im Ausland. Jedes Bundesland hat auf seine Weise beigetragen, um an den Kosten zum Wiederaufbau teilzunehmen.

Wenn jetzt der Gemeinderat den Betrag von 1 Million Schilling zur Verfügung stelle, der für jeden Wiener 56 Groschen ausmache, und diesen Antrag annehme, so werde die gesamte Bevölkerung ihn dafür dankbar sein. Der Gemeinderat könne damit wesentlich beitragen, daß "unser Steffel wieder wird, so wie er war". (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Marek (SPÖ) erklärt, die Stephanskirche gehöre zu dieser Stadt. Es war eine Angelegenheit der Sozialisten in dieser Gemeinde, daß sie sofort dem Gemeinderat den Beschluß unterbreitet haben, die Wiederaufbauarbeiten für diesen Dom mit 1 Million Schilling zu unterstützen. Es waren auch die sozialistischen Mitglieder der Regierung, die Veranlassung gegeben haben, den Wiederaufbau mit einem größeren Betrag zu unterstützen. Wenn wir heute mit einem Dringlichkeitsantrag überrascht werden, der in den letzten Minuten eingebracht wird, so muß man sich doch fragen, warum die Partei des Antragstellers nicht bei der Erstellung des Budgets einen solchen Antrag eingebracht hat. Es habe fast den Anschein, daß man mit diesem Antrag krebsergehen wolle. Man habe das peinliche Gefühl, hier werde eine politische Aktion für eine an und für sich gute Angelegenheit gestartet. Der Antrag sehe jedoch vor, daß die eben beschlossene Budgetierung wieder umgeworfen werde. Die Gemeinde Wien habe sich mit 1 Million Schilling an den Wiederaufbau des Stephansdomes beteiligt, in der sicheren Erwartung, daß dieses Beispiel für alle in dieser Stadt Anregung geben wird.

Die Mitglieder der sozialistischen Partei in dieser Stadt sind fast 100 Prozent Katholiken. Wir wissen es aus den Äußerungen von Arbeiterpriestern, daß gerade die Katholiken in den Arbeiterbezirken ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Kirche immer treu und pünktlich nachgekommen sind, während Besitzende oft verschiedene Vorwände finden, um sich Verpflichtungen finanzieller Art zu entziehen.

Wir werden diesen Antrag ablehnen müssen. (Stadtrat Nathschlager: Sehr bedauerlich!) Wir wissen, daß der Stephansdom nicht nur 1 Million, sondern noch mehr benötigen wird.

Gehen Sie hinaus und appellieren Sie an alle Gläubigen, sie sollen ihrer Pflicht entsprechen. Sie werden dann finden, daß die Gläubigen und besonders die Gläubigen in den Arbeiterbezirken auch hier ihre Treue, Verbundenheit und Solidarität mit der Stadt und dem lieb gewordenen Wahrzeichen bekunden wird. Was wir aber nicht hinnehmen können, sind kulturpolitische Provokationen! Wir lassen uns von Ihnen nicht in das Licht setzen, als wenn wir von religiösen Ressentiments oder Voreingenommenheiten beherrscht wären. Zu den Funktionen der Demokratie gehört es nicht nur, seinen eigenen Standpunkt zu vertreten, sondern auch die Meinung des anderen zu hören. Weil Sie aber, meine Herren von der Volkspartei eine politische Provokation beabsichtigen, müssen wir Ihrem Antrag die Zustimmung verweigern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Dr. Matejka (LBl.) erklärt, er glaube nicht, daß der gegenwärtige Augenblick für diesen Dringlichkeitsantrag günstig gewählt war, es scheine vielmehr, daß das Moment der Demonstration von den Antragstellern bis zur letzten Stunde aufgehoben wurde. Bezüglich des Stephansdomes habe es in der Bevölkerung nie eine Meinungsverschiedenheit gegeben. Zu bedauern sei aber, daß auch im siebenten Jahr der Restaurierung des Stephansdomes die Vorlegung eines wirklichen und endgültigen Planes bisher noch nicht möglich war. Für die Fraktion des Linksblocks sei es selbstverständlich, daß für den Wiederaufbau dieses großen Wahrzeichens Wiens und eines der größten Kulturzeichen der Welt alles getan werden müsse. Die Wiederherstellung des Stephansdomes rechtfertige aber nicht das Überraschungsmoment dieses Antrages. Die Kommunisten sind der Meinung, daß man den Stephansdom am besten dadurch schützt, indem wir schon im Keime alles verhindern wollen, was Anlaß sein könnte zu einer neuen Katastrophe für Wien, für Österreich und die ganze Welt.

GR. Mühlhauser (ÖVP) bedauert es, daß dieser Dringlichkeitsantrag, der kein politischer Überfall war, zu solchen Debatten geführt habe. Es war kein Antrag in letzter Minute, sondern dieser Antrag wurde bereits am Montag vor Beginn der Budgetdebatte eingebracht und verlesen. Erst in den letzten Tagen ist durch die Zeitungen die Mitteilung gegangen, daß eine Unterstützung für den Stephansdom dringend notwendig ist.

Wir wollten mit diesem Antrag nicht politisches Kapital schlagen, wir haben ihn am Montag eingereicht und es wäre ohne weiteres möglich gewesen, daß die sozialistische Fraktion mit uns eine Besprechung geführt hätte, so daß wir einen gemeinsamen Antrag hätten einbringen können.

Auf das entschiedenste zurückweisen müsse die Volkspartei jedoch den Vorwurf "kulturpolitischer Provokationen". Dr. Freytag habe sachlich gesprochen. Wenn jemand provoziert hat, Herr Präsident Marek, so waren es Sie! (GR. Marek: Sie verdrehen die Tatsachen! Das ist der tiefere Sinn Ihres Antrages, diese Behauptung aufzustellen!) Es waren auch nicht die Sozialisten, sondern es war Bürgermeister Körner persönlich, von dem seinerzeit die Initiative zur Bereitstellung einer Million für den Stephansdom ausgegangen ist. Es sei tief zu bedauern, daß dieser Antrag von der Sozialistischen Partei zu einem Politikum gemacht wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erklärt, wenn dieser Antrag ernst gemeint wäre, dann hätte der Antragsteller wenigstens in einem einzigen Wort erwähnen müssen, was die Gemeinde Wien bisher für den Stephansdom beigetragen hat. In den Zeitungen stand auch nicht, daß eine akute Gefahr für den Stephansdom besteht, sondern daß die Innenausstattung vollendet werden soll. Glauben Sie, daß dies eine so dringliche Sache ist, daß die Hälfte des Subventionsbudgets der Gemeinde für diesen Zweck bewilligt werden soll? Die ÖVP hätte bei der Budgetzusammenstellung Gelegenheit gehabt, wenn sie es gewollt hätte, eine Erhöhung der Subventionen zu verlangen. (GR. Dr. Ing. Hengl: Vor der Budgetdebatte haben wir den Antrag eingebracht!) Er habe aus dieser Debatte herausgehört, daß die ÖVP Antworten hören wollte, die sie morgen braucht. Diese Antwort werden Sie, erklärt der Redner, nicht bekommen! Wir würden Ihnen dringend empfehlen, bei der Behandlung solcher Dinge sich etwas mehr Takt und Zurückhaltung aufzuerlegen. (Beifall bei den Sozialisten.) Es ist nicht möglich, im gegenwärtigen Augenblick aus einem 2-Millionen-Subventionsbudget eine Million herauszureißen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - Stadtrat Nathschläger: Bürgermeister Körner konnte es!)

GR. Martha Burian (WdU) bedauert es tief, daß aus einer Kulturangelegenheit eine parteipolitische Angelegenheit gemacht wurde. Sie bittet, durch Annahme dieses Antrages das Budget zu einem richtigen Abschluß zu bringen. Der Stephansdom sei das kostbarste Bauwerk Österreichs, dem man helfen müsse.

Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen von ÖVP und WdU abgelehnt.

Hierauf ergriff Bürgermeister Jonas das Wort zu folgender Ansprache: Sehr geehrte Frauen und Herren des Gemeinderates! Wir haben nun in tagelanger Arbeit die vornehmste Pflicht und Aufgabe, die dem Gemeinderat im Laufe eines Geschäftsjahres gestellt ist, nämlich den Voranschlag für das Jahr 1952 aufzustellen, erfüllt. Es liegt nun an mir, allen, die dabei mitgewirkt haben, den Dank auszusprechen.

In erster Linie sage ich Dank dem städtischen Finanzreferenten, Herrn Stadtrat Resch, und den übrigen Amtsführenden Stadträten, die hier als Referenten gewirkt haben. (Beifall bei den Sozialisten.) Ich danke auch allen anderen Mitgliedern des Gemeinderates für die gründliche und sachliche Beratung, welche sie dem Haushaltsplan unserer Stadt für das kommende Jahr haben angedeihen lassen.

Ich benütze diesen Anlaß auch, um den Beamten zu danken, die an der Zusammenstellung des Budgets und an den Beratungen darüber teilgenommen haben, vor allem den Herren: Magistratsdirektor Dr. Kritscha, Obersenatsrat Dr. Gall, Senatsrat Dr. Binder, Oberamtsrat Schneider, Kontrollamtsdirektor Dr. Leppa, Generaldirektor Frankowski und allen Mitarbeitern der vorgenannten Herren.

Ich spreche auch den Stenographen, die hier das flüchtige Wort festzuhalten hatten und eine außerordentlich große Arbeit geleistet haben, den Dank aus; ebenso der Pressestelle und den Vertretern der Presse. (Allgemeiner Beifall.)

Die Beratung des Voranschlages für das kommende Jahr hat dem Gemeinderat auch Gelegenheit gegeben, eine Art Rückblick über das nun zu Ende gehende Jahr zu halten. Ich glaube der Zustimmung des Gemeinderates sicher zu sein, wenn ich bei dieser Gelegenheit dem Mann, der ungefähr bis zur Hälfte dieses Jahres die Geschicke dieser Stadt geleitet hat und dann durch das Votum des Volkes zum höchsten Amt unserer Republik berufen wurde, unserem jetzigen

Bundespräsidenten Körner, den Gruß des Gemeinderates ausspreche.
(Allgemeiner Beifall.)

Ich glaube feststellen zu dürfen, daß der Gemeinderat der Stadt Wien mit vollem Stolz und Genugtuung auf die Ergebnisse der Arbeit des Jahres 1951 zurückblicken kann. Es ist, wie uns allen scheint, das bisher erfolgreichste Jahr seit 1945 gewesen, in dem viele Werke des Wiederaufbaues und des Neubaues in unserer Stadt geschaffen wurden. Viele neue Schöpfungen waren wir imstande zu setzen, die zur Erleichterung des Lebens unserer Bevölkerung nicht nur jetzt sondern auch in Zukunft beitragen werden und die vor allem von dem ungebeugten Lebenswillen der Stadt Wien und seiner Bevölkerung Zeugnis ablegen. Ich glaube, daß wir, wenn wir dieses Ergebnis des Arbeitsjahres überblicken, feststellen müssen, daß es sich trotz der größten Schwierigkeiten lohnt, an dem Wiederaufbau unserer Stadt zu arbeiten. Ich glaube damit die Feststellung aussprechen zu können, daß wir daraus den Mut und den Optimismus schöpfen dürfen, daß wir auch im kommenden Jahr, im Jahre 1952, unverdrossen an die Arbeit gehen und gleichzeitig der Bevölkerung sagen können, daß, wenn wir den festen Willen haben und alle unsere Kräfte zusammenfassen, auch das kommende Jahr für unser erfolgreich sein wird.

Wir können darüber hinaus auch trotz der bisher nicht besonders ermutigenden Erfahrungen die Hoffnung hegen, daß wir, wenn nicht im kommenden Jahr, was wir sehr wünschen würden, aber doch in baldmöglichster Zukunft von unseren hohen Besatzungsmächten endlich die Gerechtigkeit bekommen, auf die wir schon lange Anspruch haben und die uns ja in feierlicher Form versprochen wurde. (Beifall bei SPÖ, ÖVP, WdU.)

Bürgermeister Jonas schließt die Sitzung mit den besten Wünschen an die Gemeinderäte und an die gesamte Wiener Bevölkerung, die immer ein großes Verständnis für die Arbeit ihrer Gemeindeverwaltung gezeigt hat, für die Weihnachtsfeiertage und zum Neuen Jahr.

Nach Schluß der Sitzung begeben sich die Klubobmänner, GR. Lötsch (SPÖ), GR. Mühlhauser (ÖVP), GR. Lauscher (LBl.) und GR. Wicha (WdU), zum Bürgermeister, um ihm die Wünsche ihrer Fraktionen zu übermitteln.

Um 22.15 Uhr werden die Beratungen abgeschlossen.